

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

10. Woche für die Zeit vom 5. bis 11. März 1898.

Posen, 14. März 1898.

Aus den Blättern der Provinz Posen

Aus Nr. 49 des Kuryer Poznański
vom 2. März 1898:

Die Generalversammlung der Genossenschaft „Gewerbehaus“.

welche gestern im Saale des Hotels de France stattgefunden hat, eröffnete der Vorsitzende des Aufsichtsraths Kammerherr Segielski. Zu Schriftführern berief derselbe die Herren Knapowski, Raczkowski und R. Szczerbinski.

In einer längeren Ansprache hob Kammerherr Segielski die normale Entwicklung der Genossenschaft hervor, obgleich er andererseits aus seinem Bedauern darüber kein Gehehl machte, daß die Genossenschaft noch nicht habe zur Realisirung ihrer Absichten schreiten können, zum Ankauf eines Grundstücks nämlich, das zu Zwecken des Baus eines Gewerbehauses geeignet wäre.

Der Direktor Herr Kortak erstattete über den finanziellen Stand der Genossenschaft Bericht. Aus demselben geht hervor, daß die Genossenschaft im Jahre 1897 766,54 Mark Gewinn gehabt hat, den die Generalversammlung unter Gewährung einer Gratifikation von 50 Mark für den Gehilfen des Aufsichtsraths dem Reservefonds überwies. Herr Valerian Szulc verlas den Bericht des Kassenrevisors Thiel und Herr J. Janicki ersuchte als Mitglied der Revisionskommission um Ertheilung der Entlastung, die auch gewährt wurde. Hierauf beschloß die Generalversammlung, daß es dem Aufsichtsrath gestattet sein solle, für die Genossenschaft Anleihen bis zur Höhe von einer Million Mark aufzunehmen.

Die fünf ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsraths wurden neu gewählt, und zwar die Herren Fr. Gruszczyński, Joh. Janicki, Joh. Murkowski, L. Otmianowski und B. Smolinski.

Die Posener Zeitung brachte in Nr. 166 vom 8. März folgende Notiz:

Erzbischof von Stabilewski und der Postemp.

Den Mittheilungen des Vereins zur Abwehr der Antisemiten entnehmen wir: Der von St. Raczkowski redigirte und von St. Knapowski gedruckte und herausgegebene Postemp (Der Fortschritt) hat seit längerer Zeit beständig Artikel veröffentlicht, welche offenbar bezweckten, die polnische Bevölkerung der Provinz Posen gegen die jüdischen Bewohner

dieser Provinz aufzureizen und die Existenzbedingungen dieser jüdischen Bewohner zu erschweren beziehungsweise zu verkümmern. Ähnlichen Zwecken sollte offenbar der am 7. Januar dieses Jahres von der Redaktion des Postemp vorgenommene Abdruck eines angeblich am 15. Juli 1837 von dem ehemaligen Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, erlassenen Hirtenbriefes, das Verbot des Dienens bei Juden und das Nähren jüdischer Kinder betreffend, dienen. Die Ueberzeugung, daß weder durch inhumane Behandlung christlicher Untergebener, noch durch irgend eine Beeinflussung in religiösen Dingen seitens der Juden ein Anlaß zu der Notiz des Postemp gegeben worden sein konnte, veranlaßte den Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, in einer Eingabe an den Erzbischof von Posen und Gnesen, Herrn von Stabilewski, Bescheid zu erbitten, ob in der Nr. 279 des Postemp der Hirtenbrief vom 15. Juli 1836 wortgetreu und mit seiner Genehmigung veröffentlicht worden, ob der besagte Hirtenbrief noch heute, trotz der seit seinem Erlaß wesentlich veränderten Verhältnisse, in voller Wirksamkeit oder ob derselbe durch spätere erzbischöfliche Anordnungen überholt worden sei. — Der Herr Erzbischof antwortete darauf: er empfehle

„auf die Angriffe des Postemp im Interesse der von dem Zentralverein verfolgten Ziele nicht zu antworten und nichts zu veranlassen, da der Postemp durch irgend eine Erwiderung nur neue Nahrung für seine zwecks Abonnentenerlangung gemachten respektiv zu machenden Angriffe gewinnen könnte. Diesem Blatte gegenüber sei Schweigen das beste Entwarnungsmittel.“

Hierzu schreibt der Kuryer Poznański in Nr. 55 vom 9. März, anscheinend vom Herrn Erzbischof autorisirt, dieser habe thatsächlich von dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus vor ca. zwei Monaten eine solche Anfrage in Sachen des Hirtenbriefes vom 15. Juni 1836 erhalten. Der Erzbischof habe auf diese ihm als ungeeignet erscheinende Anfrage schriftlich mit keinem Worte geantwortet; er habe vielmehr in einer mit einem geachteten und hervorragenden Mitgliede des hiesigen Stadtverordneten-Kollegiums gepflogenen Unterredung erwähnt, daß der Hirtenbrief aus Anlaß einiger Vorkommnisse zwischen Geistlichkeit und Juden veröffentlicht worden sei und zwar, wenn man die damaligen Verhältnisse in Anbetracht ziehe, im Interesse des öffentlichen Friedens. Ueber den Inhalt der Unterredung lasse sich jedoch nicht diskutieren, weil man Niemandem die Pflicht auferlegen könne, in Bezug auf private Unterredungen irgendwelche Erklärungen abzugeben.

Aus Nr. 53 des Goniec Wielkopolski
vom 6. März 1898:

Die politische Nothwendigkeit siegt.

Wer hätte vor dreißig Jahren geglaubt, daß das unglückliche Irland aufathmen und daß ihm die seit Jahrhunderten von den stolzen Eroberern des Vaterlandes St. Patrick's mit Füßen getretenen Rechte wiedergegeben werden würden? Die politische Nothwendigkeit zwingt jetzt das mächtige Albion zur Ausübung der Gerechtigkeit unter Verleihung der Selbstverwaltung an die „Grüne Insel“, zwar nicht der politischen, immerhin aber einer solchen autonomen Freiheit, daß die Irländer sich dabei ihre rationale Sonderheit werden erhalten können. Das konservative Kabinet des Marquis Salisbury legte dem Parlament eine die Selbstverwaltung Irlands betreffende Bill vor. England macht nicht aus Gerechtigkeits- und Menschlichkeitsgefühl, sondern aus politischer Nothwendigkeit Zugeständnisse. Dies ist ein neues und lebendiges Beispiel und ein neuer Hoffnungsstrahl für alle unterjochten Völker.

Auch wir Polen wollen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht verlieren, harren wir aus bei der Arbeit, fordern wir stets und überall unsere durch internationale Verträge, durch göttliches und natürliches Recht uns zugesicherten Rechte, und wenn wir heute noch weniger, als die Irländer, zu bedeuten haben, so können wir doch versichert sein, daß einst auch diejenigen, welche von einer Gerechtigkeitsausübung nicht einmal etwas hören wollen, dieselbe politische Nothwendigkeit zur Wiedergabe unserer nationalen Rechte zwingen wird.

Aus Nr. 51 des Dziennik Kujawski
vom 4. März 1898:

Spielt nicht mit dem Feuer!

Diese von dem Herrn Minister von der Recke ausgesprochene Drohung hat schon eine Abfertigung von Seiten der Abgeordneten von Czarinski und Schröder erfahren. Sie ist indessen für unsere Verhältnisse so bezeichnend, daß es sich lohnt, ihr einige Worte und Betrachtungen zu widmen. Es ist in der That äußerst charakteristisch, daß der Herr Minister auf die lange Reihe von Klagen der polnischen Abgeordneten, Klagen, die zum Theil durch so unwiderrufliche Beweise, wie Gerichtserkenntnisse, gestützt sind, keine andere Erwiderung fand, als seine Drohung und noch dazu eine völlig unbegründete. Man könnte annehmen, daß sogar in denjenigen Kreisen, welche auf ihre Fahne die Vernichtung des polnischen Elements ohne Pardon geschrieben hat und welche in der Auswahl der antipolnischen Mittel den allergeringsten Skrupel empfinden, diese Antwort des Herrn Ministers keinen besonderen Eindruck hervorgerufen hat. Denn im entgegengesetzten Falle würden sie nicht unterlassen haben, an die Triumphglocke zu schlagen, wie sie es gewöhnlich thun, wenn sie aus dem Munde der Minister als Erwiderung auf die polnischen Reden eine rauhe und rücksichtslose Antwort hören. Indes hat über diese Erwiderung des Herrn von der Recke, soviel wir wissen, keine der hervorragenden chauvinistischen Zeitungen ausführlicher geschrieben, keine von ihnen hat es zu Wege gebracht, sie auszunützen als wahre und kernige deutsche Abfertigung der polnischen Anmaßungen. Augenscheinlich hat man in diesen Kreisen die Empfindung, daß der Herr Minister wohl etwas zu weit über die Grenzen hinaus gegangen ist, die ihm durch

den politischen Verstand und die Standesraison gezogen sind. Selbst der elende Wurm krümmt sich und setzt sich zur Wehr, wenn er getreten wird. Unsere Klagen indessen, welche durch Beweise gestützt werden, nannte der Minister „ein gefährliches und leichtsinniges Spiel mit dem Feuer“. Weiter kann man schon in der völligen Rücksichtslosigkeit Schwächeren gegenüber kaum gehen.

Es sind auch Stimmen laut geworden, daß die Antwort des Herrn von der Recke weniger auf die von den Abgeordneten vorgebrachten Klagen, als auf den Standpunkt, welche die polnische Fraktion im Reichstage gegenüber der Flottenvorlage eingenommen hat, nämlich den oppositionellen Standpunkt hinzielt. Wenn diese Annahme zutrifft, so hätte die Drohung des Herrn Ministers noch weniger moralische Berechtigung, da sie einzig davon Zeugniß ablegen würde, daß man uns schon wie Heloten behandelt, von denen man sogar fordert, die Hand zu küssen, welche sie schlägt.

Wir zweifeln indessen daran, daß der Herr Minister in der That auf diese Weise in der Reichstagsfraktion und damit auch auf unsere Gesamtheit einen Druck hat ausüben wollen.

Wir können auch denjenigen polnischen Stimmen unsere Zustimmung nicht geben, welche der Befürchtung Ausdruck verleihen, daß gerade wegen der oppositionellen Haltung der polnischen Fraktion im Reichstage in der Flottenangelegenheit auf uns neue Schläge hernieder regnen werden, und einen geradezu unangenehmen Eindruck macht es, wenn man von vornherein danach strebt, die Verantwortlichkeit für diese traurige Eventualität auf die polnische Gesamtheit zu schieben und hieraus einen völlig neuen Gegensatz zwischen der Gesamtheit und den Abgeordneten zu konstruieren. Eins unserer bedeutenderen Blätter bemerkte sogar, daß bisher in Berlin die Politik der Abgeordneten die Oberhand habe, gegenwärtig aber die Politik der Wähler, oder unserer Gesamtheit.

Man kann sich dies so erklären, daß unsere Abgeordneten in Berlin bisher eine Politik getrieben haben, welche dem Willen und den Wünschen der Gesamtheit nicht entsprochen hat, daß sie also persönliche Politik getrieben haben, und daß sie erst jetzt ihrer persönlichen Ueberzeugung entgegen sich dem Willen der Wähler und der Gesamtheit angepaßt haben.

Es sind dies unserer Ansicht nach irrige Ansichten. Denn wir sind überzeugt, daß auch bisher, während der sogenannten Versöhnungspolitik, die überwiegende Mehrheit unserer Gesamtheit die Ansicht und die Politik der Abgeordnetenkreise getheilt hat, daß sie aufrichtig danach gestrebt hat, selbst mit schweren Opfern eine bessere Behandlung von Seiten der Regierung, sowie die Rückgabe der dem polnischen Element billigerweise zustehenden Rechte und Freiheiten zu erkaufen. Nachdem wir indessen zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß selbst die schwersten Opfer nicht hinreichen, um das Ziel zu erlangen, und da das polnische Volk sieht, wie ihm für seinen guten Willen seine aufrichtigsten Absichten gelohnt wird, hat unsere Gesamtheit eingesehen, daß sie zwecklos fernerhin solche mit materiellen Verlusten verknüpfte Opfer nicht bringen kann und deshalb hat sie einen Standpunkt eingenommen, wie ihr einen solchen der kühle politische Verstand und die Rücksicht auf das eigene Wohl und dasjenige der künftigen Geschlechter vorzeichnet.

Was uns anbelangt, so zweifeln wir nicht, daß auch in den Auffassungen unserer Abgeordneten eine eben solche Umwälzung der Anschauungen eintreten mußte, deshalb haben auch unsere Abgeordneten, indem sie jetzt gegen die Marinevorlage stimmten, hier-

durch nicht nur der Stimmung der Wähler, sondern auch ihrer eigenen tiefen Ueberzeugung Ausdruck verleihen. Wir hätten es allerdings lieber gesehen, wenn auch unser Vertreter in der Kommission Eszarrer von Szadzewski in seiner Erklärung gesagt hätte: „wir können nicht anders auftreten, weil wir uns selbst davon überzeugt haben, daß unsere Lage es nicht gestattet, uns neue Lasten aufzubürden,“ als daß er seine Opposition mit Rücksichten auf den „ausdrücklichen Willen seiner Wähler“ begründete.

Denn das können wir von unseren Abgeordneten verlangen, daß sie das Glück und das Un Glück, die Willensmeinung und die Gefühle unserer Gesamtheit mit empfinden, und daß sie sich mit dieser mit ganzem Herzen solidarifiziren. Es können zwar Zeiten eintreten, in denen der politische Verstand einen Weg einzuschlagen heißt, welchen das Herz und der Instinkt der Allgemeinheit nicht sogleich zu begreifen und zu verstehen im Stande sind. Gegenwärtig aber leben wir nicht in solchen Zeiten. Unsere Lage war von dem Augenblick an völlig klar und verständlich, von wo man uns für unsern guten Willen mit neuen antipolnischen Mitteln heimzahlte. Wir haben uns deutlich davon überzeugt, daß wir einem unveröhnlichen System gegenüber stehen, daß wir in derselben Weise leiden müssen, ob wir nun in Berlin eine „Politik der Abgeordneten“, oder eine „Politik der Wähler“ befolgen, daß wir einzig in der völligen Sammlung aller unserer Kräfte unsere Rettung suchen müssen. Und in einer solchen Lage kann man nur wünschen, daß zwischen Wählern und Erwählten die größte Harmonie herrsche.“

Aus Nr. 52 des Oredownik
vom 5. März 1898:

„Es wird nicht an Geld fehlen gegen die Polen!“

In diesem Sinne hat sich gestern im preußischen Landtage der Finanzminister Herr v. Miquel aus- gelassen, indem er die Abgeordneten zu um so glatterer Bewilligung der neuen 100 Millionen zu Kolonisationszwecken anregte. Daran hat keiner von uns Polen gezweifelt; kein preußischer Minister wird bei diesem Anlaß mit Geld fargen. Die Hoffnungen des Herrn v. Miquel, betreffend die sogenannten antipolnischen Mittel, gehen sehr weit. Als Ziel der preußischen Politik betrachtet Herr v. Miquel, die Polen dahin zu bringen, daß dieselben in allen wichtigen, Deutschland betreffenden Angelegenheiten Hand in Hand mit den Deutschen gehen und sich nicht, wie jetzt bei der Marine, von den Deutschen absondern. Diese Bemerkung des Finanzministers kann sich lediglich auf die Ueberzeugungen und auf die seitens der polnischen Volksvertretung in Berlin zum Ausdruck gebrachte Willensmeinung, in erster Linie also auf die polnischen Abgeordneten beziehen. Außerhalb des Rahmens der parlamentarischen Körperschaften opponiren die Polen doch nicht aktiv gegen staatliche Beschlüsse und Veranstaltungen, sondern sie zahlen, was sie sollen und müssen; für die Vermehrung der Flotte werden sie, wenn dies beschlossen wird, ebenfalls zahlen.

Wir sind neugierig, wie es sich der Herr Minister vorstellt, daß man die Polen werde mit der Zeit zwingen können, ihre verfassungsmäßigen Rechte in den parlamentarischen Körperschaften stets gemäß dem Sinne der preußischen Minister auszuüben. Gelingt dies doch nicht einmal stets bei gebornen Deutschen, sogar bei einer derartig wichtigen Angelegenheit, wie

es die deutsche Marine ist. Von einem Mörbe- machen des polnischen Elements innerhalb der Grenzen Preußens, und zwar in dem Grade, daß dies Element aufhöre, den Deutschen in den gesetz- gebenden Körperschaften ein Hinderniß zu sein, ist augenblicklich nicht die Rede. Zwar sind in letzter Zeit im Landtage drohende Worte gefallen, vor etwa einem Duzend Tagen von Seiten des Herrn v. d. Recke, gestern von Seiten eines zweiten Ministers, des Herrn v. Miquel. Diese Worte sehen einer Drohung ähnlich. Zwar giebt es auch im Schoße untrer eignen Volksgesamtheit Leute, die vor diesen Drohungen erschrecken, ja sogar unter Zugrundelegung dieses Schrecks vor den Herren Ministern in Berlin für unsre Nation ganze politische Programme auf- bauen. Das polnische Volk werden jedoch die seitens der Herren Minister im Landtage ausgestoßenen Drohungen nicht in Schrecken jagen. Das polnische Volk steht auf dem Boden des preußischen Gesetzes, an das sich die preußischen Minister ebenfalls halten müssen. Außerdem steht es auf dem Boden seines angeborenen und göttlichen Rechts. Diese beiden Drohungen werden die Entschlossenheit und Ruhe des polnischen Volkes nicht verwirren, aber diese beiden Drohungen legen den Gedanken nahe, ob sie bei den Herren Ministern nicht daher rühren, daß diese untrer Versöhnungspartei zugetraut haben, die- selbe vermöge bei uns zu Hause Alles und werde das Volk nach dem Sinne Berlins lenken, während sich die Herren Minister jetzt überzeugen, daß die Versöhnungspartei bei uns zu Hause nichts vermag. Es scheint, daß dem so ist.

Für die polnische Gesamtheit ergibt sich daraus ein klarer Fingerzeig, daß sie nämlich bei den Neu- wahlen keinen einzigen der erklärten und der ver- kappten Versöhnungsparteiler zur Neuwahl zulasse, damit die künftige Reichstagsfraktion ihre Wirthschaft auf Rechnung neuer Leute, andrer Grundsätze und einer anderen Richtung einleite.

Aus Nr. 55 des Dziennik Kujawski
vom 9. März 1898:

Eine riskante Zusage.

Während der Donnerstag-Berathungen über das Ansiedelungsgesetz im preußischen Landtage sprach als erster Redner für das Gesetz der Bromberger Regierungs- präsident Herr von Tiedemann. Es ging augen- scheinlich darum, daß er als „mit den Verhältnissen im Großherzogthum gut vertraut“ den Grund zu der Diskussion vorbereitete und vornehmlich um Material zu beschaffen, auf welches sich die folgenden Redner berufen könnten. Herr von Tiedemann entledigte sich seiner Aufgabe auch „sehr gut“, er lobte die Polen, daß sie auf allen Gebieten der erwerblichen und sozialen Thätigkeit mit Riesenschritten vorwärts- strebten, daß sie die Deutschen auf jedem Schritt, insbesondere auch Dank ihren hervorragend organi- sirten Genossenschaften u. s. w., verdrängten.

Wir gaben diese Lobsprüche nicht wörtlich wieder, um die reizbaren Naturen unter uns nicht allzusehr stolz zu machen, wozu wir in neuerer Zeit, um es aufrichtig zu sagen, keinen Grund haben. Unsere Lage ist in der That nicht so rosig, wie sie Herr von Tiedemann geschildert hat, es ging ihm auch garnicht darum, uns Anerkennung zu zollen, sondern lediglich darum, seinen Landsleuten einen Schrecken einzujagen. Die Regierung, welche die ganze Welt unaufhörlich ihrer väterlichen Gefühle für die Polen

versichert, muß sich wirklich freuen, daß die Polen im preussischen Antheil solche Fortschritte machen, vor allem aber muß sich Herr von Tiedemann freuen, daß auch in seinem Regierungsbezirke die Entwicklung sich so günstig bemerkbar macht, aber er hegt leider ganz andere Gefühle. Herr von Tiedemann hob den Fortschritt der Polen einzig darum hervor, um das Bedürfnis nach neuen antipolnischen Mitteln zu begründen, was er denn gewiss thut. „Seht“, sagte er, „zu einer solchen Macht wachsen die Polen heran, es ist also die höchste Zeit, daß ihnen neue Fesseln angelegt werden, denn sie wachsen uns über den Kopf.“ Wir sind ja schon an eine solche Taktik gewöhnt, es wundert uns einzig und allein nur dies, daß Herr von Tiedemann und seine Kollegen noch nicht bemerkt haben, daß diese Taktik offen alle Versicherungen über die angeblichen „väterlichen Zuneigungen“ der Regierung Lügen strafe.

Aber Herr von Tiedemann ließ sich in seinem antipolnischen Feuereifer noch weiter hinreißen, ja sogar bis zu einer Zusicherung, zu deren Erfüllung kaum sein ganzes, angeblich nicht unbedeutendes Vermögen hinreichen dürfte. Er sagte nämlich, er gebe jedem eine Prämie, der ihm einen Polen zeige, welcher bei einem Deutschen kaufe, wenn es am Orte einen polnischen Kaufmann oder Gewerbetreibenden gäbe. Mit dieser Versicherung beabsichtigte er folgende Behauptung zu begründen: „Von einem Boykott von Seiten der Polen im wirklichen Sinne dieses Wortes kann keine Rede sein, diese zeichnen sich jedoch durch eine solche Solidarität aus, daß sie schon grundsätzlich von den Deutschen nichts kaufen!“

Es ist sehr schade, daß man zutreffendfalls Herrn von Tiedemann rechtlich dazu nicht zwingen kann, diese Zusage zu erfüllen, da wir ihm nicht nur hunderte, sondern tausende Polen nachweisen könnten, die, obgleich sie in allernächster Nachbarschaft polnische Kaufleute und Industrielle haben, dennoch vorziehen, ihre Bedürfnisse bei Deutschen zu befriedigen. Möge Herr von Tiedemann auch hierüber Berichte von den unteren Behörden einfordern, und er wird zu der Überzeugung gelangen, daß seine Zusicherung mindestens sehr riskant war. Schon die Thatsache der „Beschlagnahme“ polnischer Nadeln mit Adlern in Snowrazlaw kann als Beweis dafür dienen; denn es ist festgestellt worden, daß solche Nadeln nicht nur polnische, sondern auch deutsche Goldwaarenhändler verkauften, diese aber würden solche in ihrem Geschäft nicht führen, wenn sie nicht polnische Kundschaft hätten.

Die polnische Gesamtheit ist leider zu gut-herzig, zu wenig energisch zu einer solchen Kundgebung nationaler Solidarität. Heute sogar, wo der S.-R.-L.-Verein — welcher von der Regierung offen unterstützt wird, die damit auch alle seine Zwecke unterstützt — mit allen Kräften und Mitteln das deutsche Publikum vom Kaufen bei Polen abhält, heut sogar unterstützen tausende von Polen das deutsche Handwerk. So also stellt sich jener „polnische Boykott“ dar! Die polnische Gesamtheit, in ihrer Existenz nicht nur in geistlicher, sondern auch in materieller Beziehung bedroht, hätte heut die Pflicht, einzig und allein die Landsleute zu unterstützen, aber sie ist weit davon entfernt. Der Pole ist viel zu rechtschaffen und viel zu edel, um Jemanden aus politischen Rücksichten an seiner Habe zu schädigen oder ihm sein Brot zu rauben. Dieser Edelmuth ist bei unseren heutigen Verhältnissen vielleicht geradezu schädlich, indessen gelingt es unserer Gesamtheit nicht, sich von ihm frei zu machen, wenn auch die polnischen Zeitungen täglich daran ermahnen, „kaufet bei Landsleuten!“ Herr von Tiedemann hätte dies wissen müssen, er hätte die Gesinnung des polnischen

Volkes kennen müssen, wir wundern uns demnach, wie er mit einer solchen Behauptung auftreten konnte. Wie leicht könnte man ihn nämlich dessen beschuldigen, daß er dies wider besseres Wissen gesagt habe. Demnach war auch in dieser Beziehung diese Zusicherung sehr riskant!

Aus Nr. 51 des Ogedownik
vom 4. März 1898:

Schwindeleien jeder Art

wird man jetzt bei uns verbreiten, namentlich je mehr wir uns den Wahlen nähern. Unsere großen und kleinen Politiker werden stets um sich herum, nie jedoch in sich etwas suchen. Schon sind im Dziennik Poznański weise Aeußerungen von der Art laut geworden, ob sich nicht etwa in Folge der gegen die Marinevorlage gerichteten Erklärung der Fraktion ein Strom von (antipolnischen) Verfügungen über uns ergießen werde. Geschehe dies, so würden nicht die Abgeordneten, sondern die Wähler daran schuld sein. Dabei geben die Politiker des Dziennik zu verstehen: Wären die Abgeordneten ihrer Meinung, nicht derjenigen der Wähler gefolgt, dann würde vielleicht der Strom sich nicht ergießen. Wir behandeln fast alle Fragen von Fall zu Fall, sodaß unser ganze politische Verstand sich um die Lösung der Frage konzentriert: „Wird es in Strömen gießen oder nicht?“ Das klang schon aus den Briefen des Herrn von Roscielski hervor; es wehte uns daraus die Warnung entgegen: „Wenn es nur nicht in Strömen gießen wird! Wann werdet Ihr endlich meine Warnung verstehen?“

Der Dziennik und Kurjer Poznański greifen nach dem ersten besten Gegenstand, wie der Betrunkene nach dem Zaune, um die Gesamtheit ins Bockshorn zu jagen und über die Volksbewegung zu stöhnen. Bisher hieß es, diese Bewegung sprengte die Solidarität, jetzt prophezeit man, sie werde einen Strom von Unglück herbeiführen. Es braucht bloß in irgend einer deutschen, besonders einer katolischen Zeitung irgend eine Dummheit oder irgend etwas Wichtigeres aufzutauschen, so werfen sich Dziennik und Kurjer auf dieselbe und unterbreiten ihren Lesern die schwindelhaftesten Gedanken und Ansichten. Gern fallen sie dabei über den Drendownik her. Wir schenken diesen Angriffen keine Beachtung mehr, da es sich nicht verlohnt, diese Schwindeleien zu berichtigen.

Aus Nr. 52 des Ogedownik
vom 5. März 1898:

Filehne, 1. März.

Heut am 1. März ist unser liebe Vikar Herr Daskowski auf seine neue Stelle abgereist, und zwar nicht, wie wir früher berichteten, nach Schildberg, sondern nach Breschen. In den letzten Tagen seines Verweilens in unserer Stadt haben ganze Schaaren Gläubiger den Herrn Vikar besucht, sich gerührt von ihm verabschiedet und ihm für sein zweijähriges Mühen und für seine dornenvolle Thätigkeit gedankt.

Ich habe noch nie ein so inniges Empfinden zwischen Gläubigen und ihrem Seelsorger gesehen, wie das war, dessen Zeuge zu sein mir glücklich beschieden gewesen ist. Selbst das härteste Herz mußte gerührt werden, wenn es die von beiderseitigem reichlichem Thränenguß begleiteten Abschiedsworte hörte. Wer irgend konnte, opferte seine Zeit, um noch in

den letzten Augenblicken den so eifrigen Klappan zu ehren. In der Zeit seines Amtirens in Fiehe hat uns derselbe viel Gutes gethan: so hat er z. B. einen Vincent a Paulo-Verein gegründet, eifrig den deutschen Gesellenverein unterstützt, keine Sitzung desselben versäumt, und für fleißige Kinder auf eigene Kosten Sommerausflüge veranstaltet, um sie anzucifern, die Lehren der Religion fleißig zu lernen. Er lehrte die Kinder im polnischen Katechismus lesen u. s. w. Wegen dieser leicht angeführten mühsamen Thätigkeit wurde er, wie wir zu Beginn des Januar berichteten, das Opfer eines Denunzianten, des katholischen Lehrers, wofür das arme Pfarrerelein einige hundert Mark einbüßen mußte.

Derselbe Denunziant ließ, als wäre er unerfättlich, seinem Opfer noch in den letzten Augenblicken keine Ruhe. Er theilte nämlich dem Landrath mit, daß der Vikar abreise und bat, daß man schleunigst von dem Scheidenden 60 Mark Strafe für die letzte Ertheilung von polnischem Unterricht einziehe, ungeachtet dessen, daß die Entscheidung dieser Angelegenheit noch schwebt. Thatsächlich sind noch im letzten Augenblick von dem Vikar zum dritten Male 60 Mark Strafe dafür eingezogen worden, daß er Kinder polnisch gelehrt hatte.

Man hat dem Herrn Vikar bei uns großes Unrecht gethan, — wir trösteten ihn jedoch mit der Versicherung, daß sein Name in unseren Herzen ewig eingezeichnet sein wird.

Aus Nr. 27 der Gazeta Gdańska
vom 3. März 1898:

Eine neue Treibjagd.

Vor Kurzem gaben wir eine Mittheilung des Goniec Wielkopolski wieder, daß man von einer gewissen Dame in Posen die Nennung der Namen derjenigen Kinder gefordert habe, welche diese Dame polnisch lesen und schreiben lehrt. Später berichtete der Drendownik, in der Volksschule auf der Gerberstraße hätten die Lehrerinnen die polnischen Schülerinnen gefragt, ob dieselben irgendwelche Privatstunden in der polnischen Sprache erhielten und wo die Schülerinnen solche besuchten. Kleinere Mädchen seien sogar befragt worden, ob sie schon wüßten, daß sie ebenfalls zum polnischen Unterricht gehen würden. In der Schule auf dem Sapiehaplatz habe ein Lehrer die Knaben sogar nach den Namen derjenigen Personen gefragt, die ihnen polnischen Schreib- und Leseunterricht erteilten, ferner, ob man die Knaben dabei strafe, ausschimpfe, ob die Eltern etwas für den Unterricht bezahlten u. s. w.

Jedem fällt dieses Nachforschen in Privathäusern auf, und auch das Befragen der Schulkinder, da doch weder die Behörde noch die Lehrer das Recht haben, in Privathäuser hineinzusehen und nachzufragen, was die Kinder außerhalb der Schule, sei es nun im Elternhause oder bei Bekannten thun. Auch ist Niemand verpflichtet, in dieser Angelegenheit auf Fragen Bescheid zu geben.

So stehen wir also vor einem neuen Räthsel, und gewiß wird Jeder auf den Gedanken verfallen, daß es sich um irgend ein neues Kesseltreiben handle.

Aus Posen haben wir in dieser Angelegenheit ein ausführliches Schreiben bekommen; doch da man nicht alles drucken kann, was man denkt, geben wir nur den Hauptinhalt der Zuschrift an.

Nach Ansicht unseres Korrespondenten möchte die Regierung die Angelegenheit betreffend die polnischen Privatschulen vor das Forum des Landtags bringen. Da hierzu jedoch bestimmte Angaben nothwendig sind,

hat man von Berlin aus Bericht eingefordert und die Sammlung des Materials den Posener Behörden aufgetragen. Vielleicht hat man auch Weisungen ertheilt, daß die Nachforschung auf die Weise durchgeführt werden soll, daß dies auch diejenigen Personen spüren, die sich mit der unentgeltlichen Ertheilung von polnischem Unterricht befassen. Auf diese Weise würde sich vielleicht auch so mancher dieser Wohlthäter der polnischen Kinder einschüchtern lassen, die Lust verlieren und das weitere Unterrichten unterlassen, um mit den Behörden nichts zu thun zu bekommen.

Wir hegen die Hoffnung, daß unsere Abgeordneten die Sache so schnell als möglich im Landtage zur Sprache bringen und fragen werden, mit welchem Rechte man die polnische Bevölkerung beunruhige und die durch die Verfassung verbürgte bürgerliche Freiheit antaste. Je schneller die Sache zur Sprache gebracht werden wird, desto eher werden die Nachforschungen aufhören.

Obigem fügt der Kurier Poznański in Nr. 51 vom 4. März Folgendes hinzu:

„Hier in Posen ist es öffentliches Geheimniß, daß die Einsammlung des Materials für die Denkschrift über die polnischen Privatschulen Herrn Günther, dem Lektor der polnischen Blätter an der Posener Polizei, übertragen worden ist. Sollte das Gerücht unwahr sein, so werden wir es gern berichtigen.“

Diesseits wurde daraufhin der Kurier Poznański genöthigt, in Nr. 53 vom 6. März folgende Berichtigung aufzunehmen:

„In Nr. 51 des Kurier Poznański vom 4. d. M. befindet sich auf Seite 3, Spalte 1 und 2 die Bemerkung:

„Hier in Posen ist es öffentliches Geheimniß, daß die Sammlung des Materials für die Denkschrift über die polnischen Privatschulen Herrn Günther, dem Lektor der polnischen Blätter an der Posener Polizei, übertragen worden ist.“

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuche ich um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

„Es ist unwahr, daß dem Polizeisekretär Günther die Sammlung des Materials für die Denkschrift über die polnischen Privatschulen übertragen worden ist. Von einer solchen Denkschrift ist an hiesiger Amtsstelle nichts bekannt.“

Der Polizeidirektor von Hellmann.“

Aus Nr. 55 des Dziennik Poznański
vom 9. März 1898:

Neue Beunruhigungen.

Den Volksbibliotheken droht eine neue Beunruhigung. Wie uns aus Berlin gemeldet wird, ist eine vertrauliche Verfügung erlassen worden, dahin lautend, die Bibliotheken durch Vermittelung der Provinzialbehörden neuen Revisionen und einer verschärften Kontrolle zu unterwerfen. Unsere Volksbibliotheken brauchen eine solche Revision nicht zu fürchten, denn sie werden genau nach den Satzungen verwaltet. Es gab eine Zeit, in welcher auf der ganzen Strecke zwischen Puzig und Mysłowitz hunderte von Revisionen, Prozessen und dergl. Ver-

folgungen stattfanden; schließlich hat man doch Alles aufgeben müssen, denn das durch die Verfolgungen erzielte Ergebniß war einerseits gleich Null, andererseits aber wurde durch die Verfolgungen das Gemüth der Bevölkerung sehr erbittert. Und wie sollten sie auch hierdurch nicht gereizt werden? Tausende von Menschen opfern ihre Zeit und ihre Arbeit dem humanitären Dienst ihrer nach geistiger Nahrung verlangenden Brüder und dafür sollen sie den verschiedenartigsten Belästigungen und Strafen ausgesetzt werden?! Die Anstalt der „Volksbibliotheken“ ist heutzutage mit dem Volke so eng verwachsen, daß ihre Verfolgung die höchste Entrüstung in der Bevölkerung hervorrufen mußte.

Die Regierung brauchen wir nicht darauf aufmerksam zu machen, denn sie mußte durch ihre Organe genau unterrichtet sein. Doch wir lenken die Aufmerksamkeit der Herren H.-R.-Listen darauf, welche nicht unterlassen, auf die betreffenden maßgebenden Stellen den größten Druck auszuüben, um durch die Revisionen möglichst viele Belästigungen zu verursachen. Die Rathschläge dieser Herren haben jedoch nicht viel Glück. Ihnen allein und Niemandem anders ist die jüngste Agitation gegen den polnischen Privatsprachunterricht zuzuschreiben. Und welche Folgen hatte dieselbe? Die größte Entrüstung unter der polnischen Gesellschaft, namentlich unter dem Volke, dessen Kinder Gelegenheit fanden, wenigstens im Gebetbuche lesen zu lernen, um Gott in der Muttersprache zu preisen. Diese Gelegenheit wird ihnen durch die Verfolgung des polnischen Privatsprachunterrichts genommen. Ferner werden hunderte von Personen, die sich dem Allgemeinwohl widmen, in ihren heiligsten Gefühlen verletzt. Das Gewissen sagte ihnen, daß sie die heiligste Pflicht erfüllen, daß sie das edelste Werk thun, indem sie die Kinder unterrichten, auf einmal erscheinen todte, keineswegs klare Paragraphe auf der Bildfläche und erklären ihnen: Ihr seid Gesetzesübertreter, Ihr werdet Strafen zahlen, werdet ins Gefängniß wandern, Ihr könnt nicht die Kleinen, laut Christi Lehre, an Euer Herz ziehen!!!

Soll das nicht empören und eine unversöhnliche Verbissenheit hervorrufen? Wir bedauern, daß dem so ist, doch die Schuld dürfte wohl nicht auf unserer Seite sein. Für die höchste Tugend müssen wir leiden; das thut weh und empört und muß empören. Wenn diese Entrüstung sich noch steigern soll, so mögen die Verfolgungen der Volksbibliotheken nunmehr beginnen. Wir haben sie schon einmal überstanden, wir werden sie auch noch das zweite Mal aushalten, doch das, was nach diesen Verfolgungen zurückbleibt, wird nicht zum Frieden und Eintracht beitragen! Indes richten wir an die Herren Delegaten und Bibliothekare die Bitte, mit Ruhe, aber Entschiedenheit ihre Rechte zu wahren, worin sie sicherlich nächstens der Vorstand belehren wird.

Aus Nr. 53 des Dziennik Kujawski
vom 6. März 1898:

Wir erfahren, daß vor einigen Tagen in allen Goldwaaren- und Uhrenhandlungen eine Revision stattgefunden hat, daß überall nach weißen polnischen Adlern gesucht wurde und daß allen Goldarbeitern und Uhrmachern der Verkauf dieser unschuldigen Schmuckgegenstände untersagt worden ist. Die H.-R.-Listen haben also ihr Ziel erreicht und haben wieder einmal „das deutsche Vaterland“ von einer drohenden Gefahr befreit.

Aus Nr. 54 des Dziennik Kujawski
vom 8. März 1898:

Welche Folgen das gegenwärtige Unterrichtssystem in der Schule zeitigt, dafür bietet ein überaus schlagendes Beispiel die Sache, welche in diesen Tagen vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelt wurde. Es handelte sich um die schwere Züchtigung eines polnischen Kindes in der Schule. Der Lehrer, welcher sich dieses Vergehens schuldig gemacht hat, wurde in erster Instanz zu 10 Mark Strafe verurtheilt, und dieses Urtheil mußte wohl gerechtfertigt sein, denn das Reichsgericht wies die von dem Lehrer eingelegte Revision zurück. Am interessantesten ist hierbei, daß dieser Lehrer Niemand anders ist, als Herr Georg Busch aus Klein-Dastki, ein der hervorragendsten Mitglieder des katholischen Lehrervereins, der bekannte Redner in den Versammlungen dieses Vereins. Es ist schwer anzunehmen, daß Herr Busch als Katholik und gewissenhafter Pädagoge sich einer so grausamen Behandlung des polnischen Kindes aus Haß gegen die Polen oder aus anderen chauvinistischen Gründen hat zu Schulden kommen lassen, denn dies würden seine schönen, so oft verkündeten Grundsätze nicht zulassen. Es bleibt demnach nur einzig übrig als Thatsache anzunehmen, daß er dies in einem Zustande nervöser Gereiztheit gethan hat, und daß die Ursache dieser Gereiztheit die Fruchtlosigkeit der in den Schulen eingeführten Lehrmethode gewesen ist. Es geht dies schon aus dem Anklageakt hervor, wonach der Lehrer Busch aus dem Grunde erboht war, weil das von ihm nachträglich geschlagene Kind — ein sechsjähriges Mädchen!!! — sich auf keine Weise einen gewissen deutschen Ausdrucksdruck hat merken können! Das Gericht billigte dem Herrn B. auch — obgleich die Mißhandlung schwer war und für die Gesundheit des Kindes sehr traurige Folgen hätte nach sich ziehen können, — mildernde Umstände zu. Die beste Erklärung für diese unangenehme Angelegenheit ist folgende:

Der Lehrer Busch erfreut sich nicht des Wohlwollens seiner vorgesetzten Behörde, mit der er schon oft wegen seiner all zu kühnen Reden Zwistigkeiten hatte, man kann demnach annehmen, daß diese Behörde über seine Lehrthätigkeit eine sehr sorgfältige Aufsicht ausübt, daß sie von ihm verlangt, er solle die ihm übertragene Aufgabe rücksichtslos erfüllen. Indem er dem gerecht werden will, ist B. gezwungen, mit verdoppelter Energie den polnischen Kindern die Kenntniß der deutschen Sprache in ihr Gedächtniß einzuprägeln, und da bei der heutigen Methode diese Arbeit schwer von statten geht, so kann man sich nicht wundern, daß er öfters gereizt wird und das Strafmaaß überschritten hat. Wir wollen hiermit Herrn Busch keineswegs von seiner Schuld freisprechen, wir wollen nur auf den eigentlichen Grund des Uebels hinweisen. Um wie viel rascher und leichter greifen diejenigen deutschen Pädagogen zum Stocke, welche nicht auf dem Boden der Grundsätze des Herrn Busch stehen. Einzig und allein der gegenwärtigen Methode ist's demnach zuzuschreiben, daß sich z. B. so häufige traurige Fälle dieser Art zutragen. Bedauernswerth, sehr bedauernswerth ist die polnische Jugend, an deren Leibe sich die irrige Staatsraison so empfindlich fühlbar macht.

Aus Nr. 54 des Dziennik Kujawski
vom 8. März 1898:

Nowraz Lam.

Ist es wahr? Wir erhalten folgende interessante Mittheilung. Ein gewisser Besitzer eines Garderobengeschäfts in unserer Stadt hatte eine Forderung an einen Eisenbahnbeamten. Wegen Begleichung dieser Forderung entstand Streit zwischen dem Besitzer und dem Schuldner, im Verlauf dessen sich der Besitzer des Garderobengeschäfts an die vorgesetzte Behörde jenes Beamten wandte. Einige Tage darauf stürzt jener Beamte in das erwähnte Geschäft mit großem Lärm herein: „was für Unheil haben Sie angerichtet,“ ruft er dem Besitzer zu, „es ist uns doch streng verboten, irgend etwas bei Polen zu kaufen.“ Soweit jene Mittheilung. Wir nehmen an, daß dies nur ein Kniff von Seiten des Beamten war, es wäre indessen gut, wenn der hiesige Eisenbahn-Vorstand kundzugeben geruhen wollte, was an jener Äußerung des Beamten wahr ist?

Aus Westpreußen und Pommern.

Aus Nr. 52 der Gazeta Toruńska
vom 5. März 1898:

Eine polnische Versammlung in Lauenburg in Pommern wird am Sonntag, den 6. d. M. um 12 Uhr Mittags, im Saale des Hotels Kleist stattfinden. Auf der Tagesordnung steht die Einrichtung einer Wahlorganisation und die Angelegenheit betreffend die polnischen Andachten.

So erwacht auch die Provinz Pommern zum Leben.

Diese Provinz hatten ehemals unsere pommerischen Brüder, d. h. Polen, welche an der Meeresküste zwischen der Weichsel und Elbe wohnten, inne, die in den verschiedenen Gegenden auch Kassuben, Rabatten und Slovinzen genannt wurden. Die pommerischen Polen waren seit undenklichen Zeiten eine aufgeklärte und arbeitssame Nation, und sie übertrafen in dieser Hinsicht die Deutschen ganz bedeutend; sie hatten auch ihre eigenen pommerisch-polnischen Fürsten und waren zu verschiedenen Zeiten den polnischen Königen unterthan.

Diejenigen Pommern, welche schon früher von Polen abgefallen waren, verloren ihre Muttersprache vollkommen und vermischten sich mit den Deutschen. Die polnisch-pommerische Sprache, welche sich ganz bedeutend von der polnischen Schriftsprache unterscheidet, erhielt sich nur in denjenigen pommerischen Landen, welche fast bis zum Verfall des polnischen Reichs zu diesem gehört haben, nämlich im nord-westlichen Theil der Provinz Westpreußen, welche zum größten Theil auch zu Polnisch-Pommern gerechnet wurde und im östlichen Winkel der Provinz Pommern, in den Kreisen Bütow, Lauenburg und Stolp.

Die Zahl der pommerischen Polen wird zusammen mit denjenigen, welche in fremde Gegenden und insbesondere nach Amerika ausgewandert sind, auf beinahe eine Viertelmillion angegeben, von diesen sollen in der Provinz Pommern ungefähr 15 000 Seelen wohnen. Es ist dies eine Zahl, welche vor der Germanisation geschützt zu werden verdient. Berufen hierzu sind vor Allem alle gebildeten pommerischen Polen. Die Polen anderer Gegenden müssen ihren pommerischen Brüdern zu Hilfe eilen, welche sie durch soviel Jahrhunderte hindurch vor der Uebersfluthung des Deutschthums bewahrt haben.

Sogar die preußische Regierung, welche sich darum kümmert, daß verschiedene Thiere nicht ausgerottet werden, welche verwitterte Mauern und altherkömmliche Hügel unter ihren Schutz nimmt, müßte ihrerseits denjenigen Unterstützung gewähren, welche sich bemühen, diese wohl Niemandem drohenden Reste der polnischen Pommern in der Provinz Pommern zu erhalten. Wenn die Regierung dies nicht thun will, so wird sie die Geschichte der Zivilisation hart verurtheilen und der liebe Gott kann dafür die gesamte deutsche Nation schwer strafen, denn Gott gebietet nicht nur das Leben des Einzelnen, sondern auch das Leben von Nationen zu beschützen.

B e r i c h t

über die am 6. März dieses Jahres in Lauenburg in Pommern abgehaltene polnische Wählerversammlung.

Zur Vorgeschichte dieses ersten Einfalls großpolnischer Agitatoren nach Pommern, um die dort noch spärlichen Ueberreste kaschubischer Ureinwohner im nationalpolnischen Sinne zu bearbeiten und der polnischen Sache zu gewinnen, sei Folgendes bemerkt:

In der am 4. November vorigen Jahres in Graudenz stattgefundenen General-Versammlung der Kreis-Delegirten des polnischen Central-Wahlkomitees für Westpreußen und die Ermlande wurde von dem Herausgeber der Gazeta Gruzdzka Wiktor Kulerski der Antrag gestellt, die polnische Wahlagitation auch auf die Provinz Pommern auszudehnen. Gegen den Antrag erhob sich Widerspruch, namentlich seitens einiger im Centralwahlkomitee vertretenen Parlamentarier, so des Abgeordneten v. Wolszlaier. Derselbe meinte, ohne im Speziellen sich anzulassen, daß der Ausführung dieses Antrags aus Gründen, die er zwar nicht näher ausführen wolle, die aber den Komiteemitgliedern wohl hinlänglich bekannt seien, so daß er sie nicht zu erörtern brauche, erhebliche Bedenken entgegenständen. Diese Gründe dürften aber satzjam bekannt sein, und liegen auf politischem Gebiete. Die polnische Fraktion will den Vorwurf, gegen welchen sie nicht gerüstet ist, nicht auf sich laden, daß sie die großpolnische Propaganda in Gegenden verbreite und hinüberleite, wo sie von Gott und Rechtswegen absolut nichts zu suchen hat. Oberschlesien, Westpreußen, die Ermlande, Masuren, Lithauen rechnet sie noch zu altbistorischem polnischen Boden, wo das längere oder kürzere Zeit nach ihrer Ansicht erloschene oder im Absterben begriffene polnische Nationalgefühl wieder zu erwecken bezw. zu beleben zu den vermeintlichen Rechten der Polen gehört. In Pommern kann aber ein solches Recht durchaus nicht behauptet, durch keine historische Tradition bewiesen werden.

Diese nicht ausgesprochene, aber zwischen den Zeilen geltend gemachte Begründung wurde auch von der Versammlung gewürdigt, schließlich aber der Antrag Kulerski doch mit der Beschränkung angenommen, daß die Wahlagitation nur in den Kreisen Lauenburg, Bütow, Schlawe, Rummelsburg und Stolp zu entfalten sei. Dieser Beschluß wurde zwar gefaßt, die Ausführung unterblieb aber bisher.

Da entschloß sich Kulerski, nach seinen eigenen, mir auf der Hinreise nach Lauenburg, welche ich zufällig gemeinsam mit ihm machte, gemachten Angaben auf eigene Faust die Versammlung in Lauenburg einzuberufen und die Massen dort mobil zu machen. Schon längere Zeit war er in Fühlung mit den

polnisch sprechenden Kaschuben dieser Gegend. Die Bittschriften und Petitionen derselben wegen Abhaltung polnischen Gottesdienstes waren sein Werk und seiner Unterstützung zu danken. Zwar viel verspricht er sich nicht von der von ihm eingeleiteten Propaganda. In den anderen oben angeführten Kreisen glaubt er gar keinen geeigneten Boden für das Werben von Stimmen zu Gunsten eines Nationalpolen zu finden, und wird auch dort voraussichtlich garnicht hingehen. In der Stadt Lauenburg ist für ihn auch wenig oder fast garnichts zu machen. Dagegen berechnet er die kaschubisch-polnische Bevölkerung des Kreises Lauenburg auf etwa 1500 Seelen, von welchen er vielleicht 3 bis 400 Stimmen erhofft. Sein politischer Kalkül bei dieser Wahlagitation auf eigene Faust, wie er mir wiederholt versicherte, ist nun folgender:

Er hat den Boden im Reichstagswahlkreise Graudenz-Strasburg so gut vorbereitet — er will einige 500 der Vertrauensmänner daselbst haben — daß er den bisherigen Abgeordneten v. Rozyczki, „einen alten, unfähigen Großgrundbesitzer und der Adelspartei angehörig“, aus dem Sattel zu heben hofft. Die Kreisdelegirten werden ihn dem Zentralwahlkomitee vorschlagen und gegen die Wiederwahl v. Rozyczkis sich erklären. Geschieht dieses, dann werde er, um gewählt zu werden, eine Agitation entfalten, wie sie die polnischen Landestheile noch nicht gesehen.“ Es wäre nun möglich, daß er mit dem Konservativen in Stichwahl käme. Da braucht er aber, um die deutschen Freisinnigen bei der Stichwahl zu gewinnen, polnische Stimmen in einem sonst für die polnische Sache indifferenten Kreise, welche er den Freisinnigen dort offeriren könne, um ihre Stimmen hier zu erhalten. Er will also die Agitation hier in Lauenburg entfalten, um polnische Stimmen als Einsatz für sich oder für andere gefährdete Wahlkreise zu gewinnen. Ich persönlich bin außerdem noch, ohne daß Rulerski es mir offenbart hat, zu der Ueberzeugung gekommen, daß Rulerski, welcher durchaus nach Berlin will, und das Sprungbrett hierfür sich schon vollständig zurechtgestellt zu haben glaubt, vielleicht fürchtet, daß, falls er den langjährigen Abgeordneten v. Rozyczki so unverhofft bei Seite schiebt, weder das Zentralwahlkomitee Westpreußens noch Posen bereit sein werde, um gerade ihm zum Siege zu verhelfen, ein Kompromiß mit einer deutschen Partei abzuschließen, sondern ihre Verhandlungen mit anderen Wahlkreisen einleiten werde.

Aus diesem von ihm vielleicht nicht mit Unrecht befürchteten Grunde will er sich selbst einige hundert Stimmen in Reserve halten, über welche er, weil er sie selbst erworben, auch frei verfügen kann; denn er ist ein geriebener, energischer und umsichtiger Agitator.

Ueber die Verhältnisse in dem Wahlkreise will ich noch vorausschicken, was die Gazeta Torunska anführt.

Sie sagt in Nr. 54 vom 8. März:

Das an der Leba gelegene Städtchen Lauenburg ist beinahe vollständig verdeutsch und verprotestantisiert, aber es wohnen in demselben noch nach Ausweis eines von dem städtischen katholischen Propste Borschki eigenhändig geschriebenen Berichtes fünfzig polnische Familien und 16 unverheirathete Frauen, Wittwen oder solche verheiratheten Frauen, welche zwar evangelische Männer geheirathet haben aber polnische Predigten sich wünschen. Es leben ferner, wie uns mitgeteilt worden, 45 polnische Familien auf den zur Pfarodie Lauenburg gehörigen Gütern. Selbstverständlich sind, wie das so üblich, viele polnische Familien bei der Zählung weggelassen worden. Man kann deswegen dreist behaupten, daß in der Lauenburger Pfarodie

mindestens 120 Familien mit mindestens 600 Seelen ständig angefaßt sind. *)

Aber auch die deutschen Katholiken sind mit verschwindenden Ausnahmen polnischer Abstammung. Man kann sich hiervon am Besten in der Kirche Ueberzeugung verschaffen, wo man sich beim Anblick dieser polnisch-kaschubischen Physiognomien der Täuschung hingeben könnte, man befände sich in einer rein polnischen Pfarodie, wenn nicht die nur deutschen Inschriften auf den Wänden, nicht der deutsche Gesang auf dem Chore und die deutsche Predigt da wären. Für die so große Anzahl der polnischen Gläubigen wird allsonntäglich nur das Evangelium in polnischer Sprache verlesen. Polnische Predigten brauchen nach Anordnung der bischöflichen Obrigkeit in Pselplin nur zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten und während der Sommerzeit, wegen der zahlreichen aus anderen Gegenden hieherkommenden polnischen Landarbeiter alle vier Wochen gehalten zu werden. Während des größten Theiles des Jahres müssen also die katholischen Polen der Pfarodie Lauenburg sich ohne polnische Predigt behelfen. Warum? Ja nun, wie es heißt, darum, weil nach Auskunft der Polizeibehörde zu Lauenburg alle mit Ausnahme dreier alter Weiber deutsch können. Die hierbei in Frage kommenden polnischen Pfarodieeingeweihten sind aber anderer Meinung; sie versichern, daß sie zwar minder wichtige Sachen deutsch besprechen können, so von dem Kaufmann Waaren kaufen, jemandem den Weg beschreiben können, daß sie verstehen, wenn ihnen der Brotherr in deutscher Sprache Beschäftigung anweist, daß sie dagegen die Hülswahrheiten, welche ihnen in deutscher Sprache gelehrt werden, nicht fassen können.

Dieses Unrecht, welches ihnen fortwährend in der Kirche geschieht, wird ihnen sehr fühlbar und schmerzt sie umsomehr, weil es ihren Kindern eine stete Gefahr bringt von ihrem Glauben abtrünnig zu werden, durch das hier in Lauenburg bei Katholiken so häufige Eingehen von Mischehen.

Weil nun der Erfolg der bisherigen Bemühungen zur Zeit noch ein so geringer geblieben, wurde zum 6. d. Mts. zur Beschlußfassung in der Frage des Gottesdienstes eine Volksversammlung einberufen, in welcher zugleich die Frage der Wahlorganisation erledigt werden sollte.“

So die Gazeta Torunska.

Die Versammlung selbst wurde um 12 Uhr in Anwesenheit von etwa 100 Theilnehmern von Rulerski eröffnet. Die Erschienenen gehörten den untersten Ständen an und waren dem Anschein nach meist Arbeiter und Kleinbauern. Für ihr geistiges Niveau sprach, daß von all den Anwesenden nur ein Einziger, wie aus der Mitte der Versammlung wiederholt betont wurde, des Lesens und Schreibens so weit kundig war, daß ihm sämmtliche in der Versammlung und auch später noch zu vergebenden Ehrenämter übertragen wurden.

Vielleicht aus diesem Grunde war auch ein Rentier Piotrowski aus Poppo zur Versammlung erschienen, welchem sofort das Amt eines Protokollführers übertragen wurde. Zum Vorsitzenden wurde jener oben erwähnte Schriftkundige Schneider Michael Roschalka aus Lauenburg, in das Bureau Anton Roschalka Gasuka, Anton Miotk aus Lauenburg, Stenzel aus Ossowo und Gorski aus Lesnik gewählt.

Darauf nahm Rulerski das Wort und führte etwa Folgendes aus:

Das ist die erste polnische Volksversammlung, welche je auf dieser Erde stattgefunden hat. Weit über 40 Meilen bin ich hergekommen, um mit Euch zu berathen über Euer Elend, auf Mittel zu finnen, wie ihr hier an der Grenzmark der polnischen Nation

*) Rulerski wird wohl bei seiner Schätzung die Sommerarbeiter mitgezählt haben (die Red. d. Ges.-Uebers.).

Euer Polenthum festhalten und Euch wehren könnt. Nicht aus egoistischen Gründen sind wir hergekommen, nicht um Geld und Ehren willen, sondern einzig zu dem Zwecke, um Euer polnisches Nationalbewußtsein wieder anzufachen. Ihr lebt hier an der Grenze eines einst mächtigen polnischen Reiches, Niemand hat sich bisher Euer angenommen, Niemand um Euch gekümmert, ist es da ein Wunder, daß Ihr allmählich gleichgiltig gegen Eure Nationalität, Eure Sprache wurdet, und dem Deutschthum zu verfallen drohtet? Deswegen wurde auf meinen Antrag in Graudenz beschlossen, unter Euch zu erscheinen, die Agitation auch hierher zu verbreiten, um Euch Gelegenheit zu geben, Euch wieder als Brüder der großen polnischen Nation fühlen zu lernen. Drum aber will ich die Wahlen mit Euch vorbereiten, und sollt Ihr zum ersten Male, so lange Ihr lebt, diesmal in der Lage sein, Eure Wahlzettel für einen der Eurigen, für einen Polen abzugeben, denn ein katholischer Pole ist am besten in der Lage, Euch zu vertreten, Eure Klagen im Reichstage vorzutragen und Abhilfe zu verlangen und zu erlangen.

Denn wir Polen sind elend und des Erbarmens werth. In der ganzen Welt zeigt man auf uns als die unterdrückte Nation, der das nicht gewährt wird, was ihr von Gott zukommt. Vor 100 Jahren sind wir auseinander gerissen, von drei Königen unser Land zerstückt worden. Diese Machthaber wußten recht gut, daß sie uns vor Gott ein großes Unrecht zugefügt haben. Sie wollten nun das Unrecht einigermaßen gut machen, kamen deshalb nach den napoleonischen Kriegen in Wien zusammen und überein, die Polen wieder mit ihren Herzen an sich zu fesseln. So gute Zustände wie in unserm alten geheilten Vaterlande konnten sie uns nun nicht mehr schaffen, aber sie hatten doch den guten Willen dazu. Deswegen versprachen sie feierlichst, daß die katholische und evangelische Religion, daß die deutsche und polnische Sprache überall gleichberechtigt sein und die gleiche Geltung haben sollte in allen öffentlichen Angelegenheiten bei Gericht, bei dem Landrath, in der Kirche, Schule und auf der Polizei.

Das versprach der König Friedrich Wilhelm für sich und seine Nachkommen. Wäre es gehalten worden, dann hätten wir es ja gut gehabt. Aber was geschieht heute? Hat die polnische Sprache hier oder irgend wo Geltung? Wird sie nicht überall hinausgedrängt? Und doch sind wir als Polen geboren, wollen Polen bleiben und unsere schöne Sprache pflegen, bewahren und auf unsere Kinder vererben. Denn schön und herrlich ist unsere Sprache; hat doch ein gelehrter deutscher Professor und Sprachforscher in Bezug auf die Schönheit und den tiefen Werth der Sprachen die polnische Sprache auf die fünfte, die deutsche Sprache auf die elfte Stufe unter allen Sprachen der Welt gestellt. Und nun gar erst Eure kassubische Sprache! Die hat jener Gelehrte als das schönste und melodischste sämmtlicher Idiome der polnischen Sprache erklärt. Und die will man Euch rauben, derer sollt Ihr verlustig gehen! Diebe und Räuber an dem Köstlichsten, was Ihr besizet, könnte man Euch schelten, wenn Ihr dies Erbtheil, welches Ihr von Euren V Vätern überantwortet erhalten habt, nicht auch auf Eure Kinder übertragen woltet. Wie wolt Ihr vor dem Allerhöchsten, vor Gottes Richterstuhl bestehen? Deswegen beschwöre ich Euch, bleibet standhaft in der Abwehr. Ihr habt ja ein, das sehe ich ein, hier weit ab von Euren Landsleuten einen schweren Stand. Deswegen müßt Ihr aber auch Jemanden wählen, der in Berlin für Euch eintritt, der Eure Noth schildern kann. Das wird aber nur ein polnisch-katholischer Abgeordneter thun. Eure heiligste Pflicht

ist es daher, nur einem solchen die Stimme zu geben. Wir wollen Euch dabei unterstützen. Zeigt der Regierung hierdurch wenigstens, daß auch hier in Pommern katholische Polen sind, welche Preußen an die Versprechungen der preußischen Könige erinnern wollen. Sollten Eure Stimmen aber nicht zahlreich genug sein, um einem Polen zum Siege zu verhelfen, nun, so haben wir im Parlamente auch Freunde, welche sich unserer gerechten Sache annehmen, dann können wir zu Gunsten eines solchen uns wohlwollenden Kandidaten ein Kompromiß abschließen.

Ihr müßt also im ersten Wahlgange auf alle Fälle einem Polen Eure Stimme geben, und erst bei der Stichwahl den Kompromißkandidaten wählen. Falls dies aber aus irgend welchen nicht vorhergesehenen Gründen hier nicht möglich oder nicht nöthig sein sollte, dann können wir Eure Stimmen zu Gunsten eines der Unrigen in Westpreußen verwerthen.

Nur wenn Ihr so handelt, werdet Ihr wie rechte Polen handeln.

Es ergriff nunmehr das Wort der Redakteur der Gazeta Torunska, Brejski, der Freund und Schildknappe Rulerskis:

Woher kommt es, daß die polnische Sprache in den Schulen nicht mehr gelehrt wird, an keiner Amtsstelle mehr gesprochen werden darf? Weil man es im Parlamente nicht mehr haben will, weil dort Männer sitzen, welche unser Verdorben wollen.

Da sind zunächst die Konservativen, diese haben das Amtssprachengesetz geschaffen, die Maigesetze gemacht, den Kirchenfürsten Ledochowski in den Kerker gebracht und in die Verbannung getrieben. Sie haben zu Ungunsten der Handwerker und der Arbeiter Gesetze geschmiedet, und Ihr, werdet Ihr jemals in der Lage sein, einem solchen Konservativen Eure Stimme zu geben? Hier schrie der größte Theil der Versammlung, welcher anscheinend garnicht verstand, was Redner wollte, zunächst ja, ja, bis Rulerski aufmerksam machte, daß man hierauf mit nein antworten müsse, worauf alles entrüstet nein rief.

Dann sind die Nationalliberalen im Parlament, fuhr Brejski fort, die sind noch viel schlimmer als die Konservativen, würdet ihr die wählen? Nein, nein erscholl es.

Dann kommen die Sozialdemokraten und die Antisemiten. Auch diese taugen nichts. Wollt Ihr diese? Nein und abermals nein. Das Zentrum kommt hier garnicht in Betracht, die wenigen deutschen Katholiken gehen hier leider mit den Lutheranern Hand in Hand. Bleibt nur noch der Freisinn übrig. Große Andacht hegen wir ja auch nicht für die Freisinnigen, aber sie lassen uns doch ab und zu Gerechtigkeit widerfahren. Für diesen könntet Ihr doch also in der Stichwahl, aber nur in dieser, eintreten, nicht wahr? Hier rief aber wieder Alles, an das Verneinen gewöhnt, zunächst nein, nein, wir wollen keinen Freisinnigen, bis sie abermals darauf aufmerksam gemacht wurden, daß hier ein Ja am Platze, worauf die Frage einstimmig bejaht wurde.

Wollt Ihr aber, daß alle Eure Herzenswünsche erfüllt werden, dann müßt Ihr im ersten Wahlgange für einen Polen stimmen. Einen solchen kann ich Euch aber vorschlagen. Er hat ein Herz für Euch, hat sich Eurer schon angenommen wird überall mannhast für Euch eintreten. Es ist hier mein Freund Rulerski, welcher bereit ist, Eurem Rufe zu folgen. Rulerski wird demnächst einstimmig als Kandidat der Polen für Lauenburg aufgestellt.

Er nimmt die Wahl an, mit den Worten, daß wenn er auch nicht gewählt werden würde, er doch mit seinem Herzen immer bei ihnen sein, an ihrem Elend und ihren Leiden immer Theil nehmen werde. Wenn nur sein Freund Brejski und er zu gemein-

samer Arbeit vereint bleiben werde es hier an der äußersten Grenze bald besser werden.

Es wird nun zur Wahl eines Kreiswahlkomitees geschritten. Zum Vorsitzenden des Komitees wurde Michael Kozalka, zu dessen Stellvertreter Anton Miotk gewählt, zu Mitgliedern bezw. Beisitzern aber Saluta und Franz Miotkaus Lauenburg, Johann Bigus aus Ossowo, Marzell Drywa aus Labun und Joseph Mielewczyl aus Massow. Der Vorsitzende Kozalka wurde auch zum Delegierten für die Sitzung des Zentralwahlkomitees für Westpreußen gewählt, welches vor Beginn der Wahlen in Graudenz zusammenzutreten soll.

Nunmehr wurde zum zweiten Punkte der Tagesordnung, betreffend Abhaltung polnischer Andachten geschritten.

Hier ergriff Rulerski wieder das Wort. Es sei Gottes Wille, daß jedem die Religion in seiner Muttersprache gelehrt würde. Geschieht dieses hier? Müßt Ihr hier nicht in der Euch fremden deutschen Sprache Gottes Wort hören? Versteht Ihr etwas davon? Nein und abermals nein! Deswegen habt Ihr ja auch schon Schritte gethan, habt sogar Geld gesammelt, um polnische Predigten zu erhalten. Das darf aber nicht wieder geschehen, daß Ihr in dieser Weise besonders bezahlt, um Gottes Wort zu hören. Der Heiland hat sich auch nichts zahlen lassen, als er das Evangelium der Liebe predigte. Ihr habt Euch dann an den Bischof gewendet. Auch das hat nichts gefruchtet. Ich schlage daher vor, daß Ihr Euch jetzt an die nächste Instanz, den Bischof, den Erzbischof von Gnesen-Posen, Herrn von Stabilewski, wendet. Hilft auch dieser nicht, dann werden wir Euch eine Bittschrift an den Papst aufsetzen, und diese durch Kardinal Ledochowski einhändigen lassen.

Wollt Ihr danach beschließen?

Die Versammelten beschloßen demnächst einstimmig, zunächst Beschwerde bei dem Erzbischof von Gnesen-Posen, dann bei dem Papst zu führen. Es soll der Wunsch zum Ausdruck gebracht werden, jeden zweiten Sonntag eine polnische Predigt zu hören.

Es kam nun der dritte Punkt der Tagesordnung, Gründung eines Vereins, zur Sprache.

Das Wort ergriff Herr Brejski. Er dankte allen Versammelten für das zahlreiche Erscheinen und für das Vertrauen, das sie ihm und seinem Freunde Rulerski entgegengebracht. Er meinte aber, man solle die Erinnerung an diesen Tag, da auf Pommerns Erde die erste polnische Volksversammlung abgehalten worden, dauernd erhalten. Zu diesem Zwecke schlage er die Gründung eines Vereins vor, welchen er polnisch-katholischer Arbeiterverein unter dem Schutze des heiligen Bruno, des Schutzpatrons Pommerns zu benennen bitte.

Die Statuten habe er gleich mitgebracht und wolle er sie verlesen. Sie seien kurz und lauteten:

§ 1.

Mitglied des Vereins könne jeder katholische Pole werden, welcher preussischer Untertan sei.

§ 2.

Zweck des Vereins sei die Hebung und Erhaltung der Bildung, Religion und Moral jedes einzelnen Mitgliedes.

§ 3.

Der Vorstand des Vereins besteht aus

dem Vorsitzenden,
dessen Stellvertreter,
dem Schriftführer,
dem Kassirer und
vier Beisitzern.

§ 4.

Als Beitrag zur Vereinskasse hat jedes Mitglied monatlich 10 Pfennig zu zahlen.

§ 5.

Die Vereinsitzungen finden alle Sonntage nach dem Gottesdienste statt.

Rulerski befürwortet ebenfalls die Gründung dieses Vereins. Er werde ihnen nützliche und unterhaltende polnische Bibliotheksbücher schicken, auch ausgewählte polnische Predigten, welche sie sich nach der Kirche, solange die Predigten hier deutsch würden abgehalten werden, würden gegenseitig vorlesen und sich daran erbauen können.

Die Gründung des Vereins wurde einstimmig beschloßen und in den Vorstand gewählt Michael Kozalka als Vorsitzender, Anton Miotk als Stellvertreter, Kassirer und Bibliothekar. Die anderen Vorstandsmitglieder sollen später gewählt werden.

Hiermit endete die Versammlung, welche Rulerski mit einem Hoch auf den neuen Verein und auf den heiligen Vater schloß, gegen 1/4 Nachmittags.*)

Bacher, Polizeirath.

Aus Nr. 49 der Gazeta Toruńska
vom 2. März 1898:

?!

Der Kurier Poznański betont, daß der Vertreter der polnischen Fraktion, Pfarrer Dr. von Szadzewski, in der Kommission angekündigt habe, die Fraktion werde gegen die Marinevorlage stimmen und berichtet sodann weiter:

„Nach einer Pause erklärte der Prälat Dr. von Szadzewski von Neuem, er spreche im Namen der polnischen Fraktion. Die Polen seien weit

*) Anmerk. der Red. d. Ges.-Ueberschl.:

Die maßgebende polnische Presse ist über den echt amerikanischen „Reid“ des „rothen“ Rulerski, wie er sich selbst nennt, nach Pommern anscheinend wenig erbaut. Blätter wie der Dziennik Poznański und der Kurier Poznański speisen die Versammlung in Lauenburg nur mit einem kurzen Vermerk ab. Offener sind schon die Provinzblätter. Sie bestätigen im großen Ganzen, was ich am Eingange meines Berichts über die Unlust, die großpolnische Agitation nach Pommern hineinzutragen, bemerkt habe.

So jagt der in Inowrazlaw erscheinende Dziennik Rujawski in der Nr. 55 vom 9. März.

„Vom nationalen Standpunkte aus kann man diesen Ausflug der Herren Redakteure weder verurtheilen noch tadeln. Pflicht jeder nationalen Gesamtheit ist es nämlich, dafür zu sorgen, daß vergessene und durch lange Jahrhunderte losgerissene und isolirte Bruchtheile des nationalen Volksstammes vor der Entnationalisirung gerettet werden. In politischer Beziehung ist dieser Ausflug für's Erste vielleicht nicht nützlich gewesen, ja, er kann uns sogar einen Schaden zufügen, den das Wiedergewinnen von einigen hundert Seelen für die nationale Bewegung möglicherweise nicht auszugleichen im Stande ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Ausflug ins Pommerische in der deutschen Presse einen neuen Sturm entfesseln und als Beweis dafür dienen wird, daß die polnische Gesamtheit sich nicht auf die Abwehr beschränke, sondern überall angriffsweise vorgehe. Aber uns schadet ja doch Alles, Angriffslust sowohl als selbst die bescheidenste Abwehr, und aus diesem Grunde enthalten wir uns jedes Urtheils über diesen Ausflug, indem wir dies dem erprobten Instinkt unserer Volksgesamtheit anheimstellen.“

entfernt von einer prinzipiellen Opposition, sie müßten aber die Stimmung der Bevölkerung daheim berücksichtigen, und wenngleich sie es bedauerten, müßten sie in dieser Frage dennoch der Regierung gegenüber Stellung nehmen.“

Was heißt das? Das will Folgendes besagen: Dem Kurier Poznanski zufolge solidarisiert sich die polnische Fraktion nicht mit den Wählern, indem sie zu der Regierung sagt: „Gern würden wir für den Antrag der Regierung stimmen, doch können wir dies mit Rücksicht auf die Stimmung der Wähler nicht thun. Da wir die Mandate nicht verlieren wollen, werden wir gegen die Regierung stimmen, bedauern aber selbst diese Nothwendigkeit.“

Wenn die Mittheilung des Kurier Poznanski mit der Wahrheit übereinstimmen würde, wäre es nicht schwer, zu errathen, von welcher Seite her der Minister Freiherr von Hammerstein dahin unterrichtet worden ist, daß die polnische Bewegung gegenwärtig einen demokratischen und zugleich der Monarchie feindlichen Charakter annehme. Wir haben f. Z. unserer Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, daß die parlamentarische Kommission des Landtags, deren Mitglied, Pfarrer Dr. von Jazdzewski, die Loyalität des Herrn von Koscielski so eifrig vertheidigte, gegen den ungerechten Vorwurf des Herrn Ministers nicht protestirt hat. Die Mittheilung des Kurier Poznanski würde auch dies Schweigen erklären. Wir sind der Ansicht, daß hierfür nicht unsere Repräsentationen als Ganzheit verantwortlich zu machen sind, denn der Abgeordnete von Glembocki hat in seinen bekannten, an Herrn von Koscielski gerichteten Briefe und der Abgeordnete Leo von Szarlinski von der Tribüne des Landtags her die Loyalität unseres Volkes dem Throne gegenüber vertheidigt. Wir glauben auch nicht, daß alle Abgeordnete damit einverstanden gewesen sind, wie sich nach Angabe des Kurier Poznanski Pfarrer Dr. von Jazdzewski die Hände in Unschuld gewaschen und vor der Regierung die Verantwortung für die Stellungnahme der Abgeordneten auf die Wähler abgewälzt hat.

Sei es, wie es wolle, es scheint sich der Augenblick zu nähern, wo wir gezwungen sein werden, ein Schreiben zu veröffentlichen, worin das Verhältniß zwischen einer gewissen Gruppe polnischer Abgeordneter einerseits und der Regierung sowie der polnischen Bevölkerung andererseits von einem ganz neuen Gesichtspunkte aus beurtheilt wird. Unterdessen stellen wir fest, daß gewisse polnische Zeitungen seit längerer Zeit auch diejenigen Blätter, welche nicht nach ihrer Pfeife tanzen und auf jeden Anhänger dieser Blätter mit den Fingern weisen, wobei sie rufen: „Das ist ein Chauvinist, ein Obstruktionist, ein Sozialist, ein Revolutionär u. s. w. Sobald die H.-R.-Listen derartige Verleumdungen auszubeuten anfangen, rufen die Verleumder laut: „Sieh, Nation, wohin die Arbeit derjenigen führt, die uns nicht folgen wollen!“

Wird die Gesamtheit eine so schädliche Arbeit noch lange ertragen?

Aus Nr. 51 der Gazeta Toruńska
vom 4. März 1898:

Der Herr Prälat Dr. v. Jazdzewski

schreibt uns als Antwort auf unsern, mit der Ueberschrift „?!“ versehenen Artikel — (i. diese Nummer des Gesamtüberblicks. Red.) — Folgendes:

„In der Budget-Kommission des Reichstages habe ich mich auf eine kurze, gemäß den positiven Wünschen der Fraktion formulirte Erklärung darüber beschränkt, welche Haltung ich in der Kommission einzunehmen gedenke, und mit keinem Worte habe ich „Bedauern“ darüber kund gegeben, daß ich so und nicht anders stimmen werde. In Beantwortung der Rede des Zentrumsabgeordneten Müller-Tulda, der sein Bedauern darüber äußerte, daß ich meine Stellungnahme vorzeitig gekennzeichnet habe, führte

ich die Gründe an, weshalb ich diese Stellungnahme schon in der Generaldebatte kennzeichne, und zwar deshalb, um Niemanden in der Kommission, sowie außerhalb derselben im Unklaren darüber zu lassen, wie sich die Fraktion der Marinevorlage gegenüber stelle und stellen werde. Für die an deutsche Blätter erstatteten Berichte übernehme ich keine Verantwortung. Maßgebend betreffs meiner Erklärung ist das amtliche Protokoll, in welchem nicht ein Wort enthalten ist, das sich auf die Wendungen bezöge, die Anlaß zu abfälligen Bemerkungen gegeben haben.“

Diese so deutliche, seitens der unmittelbar interessirten Person abgegebene Brichtigung beweist, daß die an auffälliger Stelle in Form einer besonderen Notiz gebrachte Mittheilung des Kurier Poznanski, und nicht minder die in verschiedenen Blättern enthaltenen Berichte über die Kommissionsberathungen irrig waren, worin dem Herrn Prälaten die von uns mit Unglauben wiedergegebenen Bemerkungen zugeschrieben wurden. Allerliebst nimmt sich demgegenüber der Dziennik Poznanski aus, welcher darthut, die Fraktion befolge gegenwärtig keine eigene Politik, sondern diejenige der Wähler, was sich schwer in Einklang bringen ließe mit dem bekannten Bescheide der Fraktion auf die Posener Resolution.

Aus Nr. 27 der Gazeta Grudziądzka
vom 5. März 1898:

Die Häuser Nr. 2 und 3 am Getreidemarkt hat unser Verleger, Herr Kulski von den Herrschaften de la Grange für 70 000 Mark gekauft. Die genannten Herrschaften haben mit Rücksicht darauf, daß unser Verleger diese Häuser zu Zwecken einer Zeitung ankauft, für welche er in Graudenz keine Unterkunft finden können, demselben ihr Besitzthum unter sehr bequemen Bedingungen verkauft. So hat also die Gazeta Grudziądzka ein neues Nest gefunden, und es werden, so Gott will, die Wünsche der Polenfreier, daß das Blatt zu Falle komme, nicht erfüllt werden. Unser Verleger hat jedoch, um die für das polnische Volk so sehr nöthige Gazeta Grudziądzka zu erhalten, neue Lasten auf sich genommen; darum hoffen wir auch, daß das polnische Volk das Blatt auch fernerhin so warm unterstützen wird, wie bisher. Insbesondere bitten wir, daß unsere Landsleute die Träger wecken und sie zum Abonnement der Gazeta Grudziądzka anregen.

Aus Nr. 27 der Gazeta Grudziądzka
vom 5. März 1898:

Die Reichstagswahlen

können in nächster Zeit statifinden. Darum gehen sich unsere Gegner Mühe, um von diesen Wahlen nicht überrascht zu werden. Es haben bereits deutsche Wählerversammlungen für die Wahlkreise Thorn-Kulm-Briesen und Löbau-Rosenberg stattgefunden, und in diesen Versammlungen haben die den verschiedenen Parteilagern angehörenden deutschen Wähler beschlossen, keine besonderen Kandidaten aufzustellen, sondern ihre Stimmen auf einen Mann abzugeben, um die Wahl eines Polen zu verhindern.

In Graudenz haben die Deutschfreisinnigen eine Berathung abgehalten und ebenfalls beschlossen, keinen besonderen Kandidaten aufzustellen, sondern für einen Kandidaten zu stimmen; dies soll ein Großgrundbesitzer sein, welcher der nationalliberalen

Partei angehört, die während des Kulturempfanges am fanatischsten gegen die Kirche gekämpft hat.

So sehen wir also, daß die Deutschen sich überall zusammenschließen, um uns unterzuzwingen. Das kann sehr leicht geschehen, wenn auf unsrer Seite nicht außergewöhnliche Anstrengungen gemacht werden, wenn nicht eine Agitation platzgreift, wie sie bisher noch nicht dagewesen ist.

Am meisten gefährdet ist der Wahlkreis Graudenz-Strasburg, wo wir mit einer kleinen Zahl von Stimmen gesiegt haben und diese Mehrheit zum Theil noch den Deutschfreisinnigen verdanken. Heut', wo im Strasburg'schen die Ansiedelungskommission und die habsburgische Landbank eine Menge Landes aufgekauft haben und viel polnisches Volk in die weite Welt getrieben worden ist, heut, wo die Deutschfreisinnigen mit der Aufstellung eines nationalliberalen Kandidaten einverstanden sind, wird unser Sieg sehr schwer und nur in dem Falle möglich sein, wenn wir alle Kräfte anstrengen und nicht eine einzige Stimme vergeuden werden, und zu diesem Zwecke ist es nothwendig, einträchtig in den Wahlkampf einzutreten. Unser Sieg wird hier auch hauptsächlich von der persönlichen Tüchtigkeit des Kandidaten, davon also abhängen, ob derselbe verstanden wird, die Volksmassen mit sich fortzureißen, die -- sei es wie es wolle -- uns einzig zum Siege verhelfen können.

Es gilt also, das Volk in Bewegung zu setzen, das Arbeiter-Scharwerkervolk, von dem seitens ihrer deutschen Herren ausgeübter Druck zu befreien, und dieser Druck wird diesmal Dank den H.-R.-Titten ärger sein, als je. Darum gilt es, mehr Versammlungen als jemals zu veranstalten. Indessen herrscht im Kreise Strasburg, wo die Ansiedelungskommission und die habsburgische Landbank soviel Land aufgekauft haben, Friedhofsstille, und im Kreise Graudenz geht die Veranstaltung von Versammlungen ebenfalls schwer von statten, da solche Leute, von denen dies Niemand erwartet hätte, sehr ungern daran gehen, für ein Lokal zu sorgen. Sie haben Tausende von Ausreden: bald soll eine Versammlung unnöthig sein, bald fürchtet man, der Herr Amtsvorsteher könnte eine solche Veranstaltung übel nehmen u. s. w. Merkwürdig ist es, daß, wenn man sich an einen einfachen Arbeiter, Handwerker oder Rätthner wendet, die Sache wie am Schnürchen geht: Da findet sich ein Lokal, die Anmeldung, — mit einem Wort Alles — und die Versammlung kommt zustande. Wendet man sich jedoch an manche, anderen Sphären angehörende Personen, dann treten sofort Tausende von Bedenken und Schwierigkeiten zu Tage, und man muß die Einberufung der Versammlung von einem Sonntag zum anderen aufschieben.

Die Wahlen sind nahe, es ist also Zeit, daß endlich die Agitation rascher vor sich gehe und die Saumseligkeit ein Ende habe. Versammlungen thun also noth, möglichst viel Versammlungen! Mögen demnach in jeder Pfarochie wackere Landsleute dafür Sorge tragen, daß daselbst eine Versammlung stattfindet, die das unter den deutschen Herren stehende polnische Volk in Bewegung versetzt, sonst müssen wir bei den Wahlen durchfallen!

Aus Nr. 29 der Gazeta Gdańska
vom 8. März 1898:

Bei den letzten Wahlen in Stargard (Wpr.)
im verflossenen Jahre ist unser Kandidat, Pfarrer Dr. Wolfzlegier, mit nur einer Stimme Mehrheit

durchgekommen. Die deutschen Blätter haben verbreitet, unsern Kandidaten hätten fünf freisinnige Wahlmänner aus Dirschau, die sich im letzten Augenblick der Abstimmung enthielten, den Sieg gesichert. Davon haben sie jedoch nichts geschrieben, daß auch auf unserer Seite einige Wahlmänner ausgeblieben sind. So sind die Herren Szekierski und Czarnowski aus dem Beret'schen nicht erschienen, da sie damals krank darniederlagen. Wir hoffen, daß ihnen in diesem Jahre ihr Gesundheitszustand erlauben wird, sich zu den Wahlen zu stellen. Wir machen hierbei von Neuem darauf aufmerksam, daß jeder der Wahlmänner im Falle einer schweren Erkrankung rechtzeitig sein Mandat niederlege, d. h. dann, wenn er dafür hält, daß die Krankheit ihm nicht gestatten werde, sich an der Wahl zu betheiligen, was z. B. bei Herrn Czarnowski, der im vorigen Jahre einen Fuß gebrochen hatte, leicht vorzuzusehen war.

Ferner hatten sich nicht eingefunden die Herren Kurowski aus Schwarzwald und Landsberg aus Milobondz, und es waren doch beide mittelst der Stimmen des polnischen Volkes gewählt worden. Der Lehrer Pawlowski aus Golembiewo, der vom polnischen Volke gewählt war, gab seine Stimme dem Gegner. Daraus ist zu lernen, daß man keine Lehrer zu Wahlmännern wählen darf. Auch wird in diesem Jahre die Zahl unsrer Stimmen um diejenigen des Herrn Brzostowski aus Lubichowo vermehrt werden, der im Vorjahre in Folge Einziehens zu einer militärischen Uebung abgehalten worden war, zu wählen. In Rajkowo erfolgen Ersatzwahlen an Stelle des verstorbenen Wysocki, der einen Tag vor der vorjährigen Wahl verstorben war. Schließlich hat einer unsrer Wahlmänner am Wahltag irgend einer geringfügigen Verschuldung wegen im Gefängniß gesessen; es ist zu hoffen, daß ihm das in diesem Jahre nicht wieder begegnen wird.

Den Landsmann Andrearczyk machen wir, falls er fernerhin noch in der Fremde sich aufhalten sollte, darauf aufmerksam, daß er sein Mandat sofort niederlege und unser Wahlkomitee hiervon rechtzeitig in Kenntniß setze. Auf diese Weise wird es nämlich möglich, darüber zu wachen, daß in diesem Wahlkreise ebenfalls Urwahlen vorgenommen werden. Zum Schluß wenden wir uns an diejenigen Wahlmänner, die gewöhnlich auf Arbeit in die Fremde ziehen, mit der Bitte, ihre Abreise bis nach den Wahlen, d. h. bis auf den 1. April zu verschieben.

Mögen am 31. März Alle wie ein Mann in Stargard an die Urne treten, dann wird der Sieg unser sein!

Die Köpfe hoch, Landsleute! Wache Einer über den Anderen, damit Jeder seine Pflicht thue, — sei es nun Wahlmann oder Urwähler — und so Gott will, werden wir siegen.

Aus Nr. 29 der Gazeta Gdańska
vom 8. März 1898:

Ein Mitglied der Danziger polnischen Kirchenkommission

schreibt über die seitens letzterer unternommenen Schritte u. A. wie folgt:

„Die Kommission hat sich wiederholt mit Bittgesuchen an die bischöfliche Behörde gewandt und auf's Genaueste unsere berechtigten Wünsche begründet. Die Mitglieder der Kommission haben sich gemeinsam und auch einzeln nach Pöplin begeben, um die Bitten der Danziger polnischen Katholiken persönlich zu unterstützen. Aus dem vom Hochwürdigsten Herrn Bischof Dr. Redner

in der letzten Audienz erteilten Versprechen haben wir uns überzeugt, daß unsere Wünsche vom Herrn Bischof als gerechtfertigt anerkannt worden sind. Es sollte unverweilt eine Aenderung eintreten, soweit es sich um das Orgelspiel während des polnischen Gefanges handelte; auch sollten die Bekanntmachungen von der Kanzel in polnischer Sprache erfolgen. Es wurde nur verlangt, daß die Kommission diese Wünsche nochmals schriftlich begründe, was auch unverzüglich geschah. Seit dieser Zeit warten wir jedoch aus unbekannten Gründen sowohl auf die Einführung der oben erwähnten Aenderungen als auch auf einen Bescheid auf unsere betreffende letzte Bittschrift. Augenscheinlich sind irgendwo Hindernisse eingetreten, da man bisher ungeachtet dessen, daß die vorhandenen Mängel an höchster Stelle anerkannt worden sind, uns das nicht gegeben hat, was wir mit Recht forderten. Hier aber kann doch wohl der Kommission kein Verschulden beigemessen werden, da wir mit Gewalt weder den Prediger zum Bekanntmachen in polnischer Sprache, noch den Organisten zum Orgelspielen zwingen können, sobald dieselben bisher von seiten ihrer vorgesetzten Behörden keinen bezüglichen Auftrag erhalten haben.

Soviel halte ich für erforderlich, zur Bertheidigung der Kommission anzuführen, welche wohl weiß, daß sie nach Uebernahme des ihr seitens der letzten Versammlung polnischer Katholiken Danzigs zutheil gewordenen Auftrags die Pflicht hat, die Wünsche der hiesigen, mehr als 7000 Seelen zählenden polnisch-katholischen Bevölkerung durchzusetzen. Ich kann versichern, daß die Kommission auch fernerhin Alles daran setzen wird, daß unsere Bevölkerung, wenn auch nicht bei der Hauptandacht, so doch wenigstens früh eine Messe, verbunden mit einer solchen Predigt und solchem Kirchengesang erhalte, wie sie dieselben mit Recht zu fordern hat.

Ein Mitglied der Kirchenkommission
der Stadt Danzig,„

Aus Nr. 27 des Pielgrzym
vom 3. März 1898:

Jamen, den 1. März.

Die Redaktion des Pielgrzym bittet am Ende einer Korrespondenz aus Jamen, man möchte ihr berichten, welche Erledigung die Angelegenheit, betreffend die Beerdigung einer Kindesleiche in Parchau gefunden habe. Nachdem die Leiche von Dienstag bis Freitag Abend, also 4 Tage und 3 Nächte unter bloßem Himmel gestanden hatte und zu großem Schmerz für Alle und insbesondere für die Eltern und Verwandten des Kindes der Verunglimpfung seitens der Hunde und Vögel ausgesetzt war, sandte am Freitag der Herr Amtsvorsteher dem Pfarrer eine Depesche vom Herrn Landrath aus Karthaus, infolge deren der Pfarrer das Kind begraben ließ. Soviel zur Beruhigung des Pielgrzym und seiner Leser. Am Sonnabend soll der Herr Amtsvorsteher selbst mit einer zweiten Depesche bei dem Pfarrer gewesen sein; was dortselbst aber vorging, daß weiß ich nicht. Ich hoffe, daß Jemand aus kompetenterer Quelle, sobald die Sache amtlich erledigt ist, Ihnen Mittheilung machen wird. Hinzufügen will ich nur, daß wir Parchauer Parochianen es nicht begreifen können, wie, durch wen, wann und nach welchen Untersuchungen der Herr Landrath aus Karthaus zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß die Erde auf dem Kirchhof „verwesungsmüde“, oder daß die Lage des

Kirchhofs nicht geeignet sei. Es giebt ja doch im ganzen Kreise Karthaus keinen Kirchhof, der eine schönere und entsprechendere Lage hätte, wie der Kirchhof in Parchau.

Aus Nr. 28 des Pielgrzym
vom 5. März 1898:

Groß-Lonsk b. Krone a. d. Br.

Im vergangenen Monat fand die Wahl des Rendanten der Schul- und Gemeindefasse statt, welcher gleichzeitig das Amt des Steuererhebers inne hat. Es fanden sich insgesammt 12 Mitglieder ein, so daß mit Stimmenmehrheit der Pole J. K. gewählt wurde, man hat dies zwei deutschen Mitgliedern zu verdanken, welche zur Wahl nicht erschienen waren, denn in diesem Falle wäre mit Sicherheit ein Deutscher gewählt worden. Obgleich 4 Polen ihre Stimme einem Deutschen gaben, so fiel der Sieg dennoch nicht auf deutsche Seite. Wir hoffen, daß dem Neuerwählten sein Amt jetzt gerechter Weise übertragen werden wird, denn er ist hierzu sehr geeignet und ein guter Mensch, weshalb wir ihn auch gewählt haben; ob diese Wahl aber bei der Behörde ihre Bestätigung finden wird?

Aus Nr. 26 der Gazeta Grudziadzka
vom 3. März 1898:

Zwiniarz bei Löbau.

Gehrte Redaktion! Obgleich uns unsere Feinde unsern heiligen Glauben entreißen wollen, so trägt derselbe doch immer größere Siege davon. In unserer Parochie ist am 6. v. Mts. ein Evangelischer zum katholischen Glauben übergetreten; am 8. haben sogar zwei Protestanten konvertirt, und zwar ein gewisser junger Mann und ein Fräulein, die einen Katholiken zum Manne nahm und dabei zum Glauben ihres Mannes übertrat. Einen der Neubekehrten wollte man von seiner Absicht, katholisch zu werden, abbringen, und hat dies ein Katholik unternommen. Derselbe sagte dem betreffenden Evangelischen, dieser brauche nicht Katholik zu werden, da er auch ohne dies eine Polin zur Frau bekommen werde. Als der Herr Propst das erfuhr, weinte er fast aus Schmerz darüber, daß er solche thörichte Leute in seiner Parochie habe.

Aus Nr. 28 der Gazeta Gdańska
vom 5. März 1898:

Merkwürdig.

In Marienburg fand eine Versammlung der Ortsgruppe der H.-K.-Tisten statt, in welcher Dr. Bovenchen aus Posen, wie üblich, alles Mögliche über die frühere polnische Geschichte zusammenredete. Hierauf entspann sich eine Diskussion, gelegentlich deren der Seminardirektor Herr Schröter hervorhob, man könne in der Handlungsweise der Polen auf keinen Fall eine Gefahr für das Deutschthum erblicken. Wie die Deutschen um ihre Nationalität und Sprache besorgt seien, so thäten es die Polen, und das könne man denselben doch nicht übel nehmen. — Es ist leicht zu begreifen, daß diese so frei in einer Versammlung des H.-K.-T. ausgesprochene Ansicht mächtigen Eindruck, und dazu Unzufriedenheit erregte. Das hatte der H.-K.-T.

wohl nie erwartet, daß sich in seiner Mitte ein Mann, und noch dazu ein wissenschaftlich Gebildeter finden würde, der dem Verein die Wahrheit so kühn ins Gesicht sagen werde, unbekümmert darum, ob dies gefallen oder mißfallen werde. Gäbe es nur mehr solcher Leute, dann würde die Maulwurfsarbeit des H.-R.-T.-Vereins ergebnislos bleiben.

Aus Nr. 28 der Gazeta Gdańska
vom 5. März 1898:

Aus Kassubien.

Angeichts des außerordentlich ungehörigen Benehmens, das ein Postbeamter, dessen erste Schuldigkeit dem Publikum gegenüber Artigkeit und Zuvorkommenheit sein soll, dem Herrn v. Rozyci in Schwes gegenüber an den Tag gelegt hat, verlohnt es sich, einen gewissen Vorfall aus der nächsten Vergangenheit anzuführen. Pfarrer P. kommt — ich weiß nicht, wo er damals weilte — auf eine Postanstalt. Dasselbst befinden sich Leute und einige — ich weiß nicht, ob jener Pfarrer darunter war — sprechen mit einander im Flur der Post polnisch. Da äußert der Beamte boshaft: „In einem deutschen Postgebäude wird nicht polnisch gesprochen.“ Der Chauvinismus des „artigen“ Beamten empörte den Pfarrer P. Er forderte daher ein Depeschensformular und schrieb darauf: „Staatssekretär Herrn Stephan, Excellenz, Berlin. Seit wann darf im Postflur nicht polnisch gesprochen werden?“

Diesen Zettel händigte Pfarrer P. nebst Geld jenem Beamten ein. Derselbe las und wurde blaß; aber er zögerte mit dem Absenden. Pfarrer P. sagt: „Da ist das Telegramm; wissen Sie nicht, was Sie damit machen sollen?“ — „Ja, ja“ — war die Antwort — „aber, aber! . . .“ „Senden Sie die Depesche sofort ab!“ „Aber ich bitte um Verzeihung . . .“ „Da ist die Depesche!“ Angeichts dieses so energischen Auftretens jenes Pfarrers wurde dem Beamten schlimm, — Schrecken erfüllte ihn, und von Furcht gequält, kam er heraus und entschuldigte sich, indem er an jenen Pfarrer die Bitte richtete, die Absendung der Depesche zu unterlassen.

Schade, daß Herr v. Rozyci nicht ebenso gehandelt hat. Aber merkt Euch das, Landsleute! Wenn ein Postbeamter Euch Eurer Muttersprache wegen anfährt, dann bedient Euch des obigen Mittels. Es wirkt besser, als eine mühevoll mündliche Auseinandersetzung. Aber Herr v. Stephan liegt schon im Grabe, und wer weiß, ob sein heutiger Nachfolger eine solche Anfrage berücksichtigen würde. In jedem Falle verlohnt sich ein Versuch, und Gelegenheit hierzu soll es genug, ja mehr als genug geben.

Aus Nr. 29 der Gazeta Olsztyńska
vom 8. März 1898:

Allenstein.

Ignaz: Hast Du in Nr. 11 der Zeitung gelesen, was in dem Artikel: „von unseren Verhältnissen“ steht?

Johann: Ich habe es gelesen, es steht jedoch nichts Neues drin.

Ignaz: Siehst Du, so hast auch Du so gelesen, wie viele andere es thun, welche nicht auf

das aufpassen, was sie lesen, und wenn man sie fragt, was es Neues gebe, so sagen sie, es gebe nichts Neues, und doch befindet sich in jeder Nummer immer etwas Neues. Man muß sich nur Alles wohl überlegen, und wenn man nicht Alles versteht, so muß man andere fragen, welche schon längere Zeit eine Zeitung lesen, diese werden es Dir besser auslegen.

Johann: Sag nur, was Du dort herausgelesen hast?

Ignaz: Erstens wunderts mich, daß einst eine Dankeshymne dem lieben Gott dafür gesungen worden ist, daß Ermland von der katholisch-polnischen Regierung unter die protestantische preussische Herrschaft gekommen ist. Das ist fast ebenso, wie vor zwei Jahren die Knechte in Deinem Dorfe ein Scheibensfest veranstaltet haben und Gott baten, es möchte nicht regnen, damit ihnen die Freude nicht verdorben würde. Dies vernahm ein Andersgläubiger und sagte, daß diese Leute nicht wüßten, worum sie Gott bäten.

Johann: Und wenn Ermland, was Gott verhüten wolle, unter das Schisma oder unter die Türkei käme, würden dann auch Hymnen gesungen werden?

Ignaz: Möglich, wenn es nur nicht die polnische Herrschaft ist. Die zweite Sache, die ebenso wunderbar ist, ist das, was Pfarrer Dr. Dittrich im Landtage gesagt hat, nämlich, daß es möglich wäre zu berechnen, wann für Ermland gar keine polnischen Geistlichen mehr nöthig sein würden. So rechnen manche bei uns. Du siehst, die Handvoll Zigeuner sucht in ihren Wagen ihre Muttersprache zu erhalten, und was sollen wir sagen? Die „Ermländische Zeitung“ freut sich, daß in Dittrichswalde der polnische Verein zu bestehen aufgehört hat. Es ist allerdings wahr, daß die Geistlichen an den polnischen Vereinen nicht theilnehmen, aber um so eifriger zu den deutschen Vereinen gehen.

Johann: Mich wundert es nur, daß die „Ermländische Ztg.“ auf ihre katholisch-polnische Schwester so loschlägt.

Ignaz: Dies ist der fortwährende Haß der Wahlen wegen. Gott sei Dank, haben wir noch auch gute Deutsche und gute Geistliche, welche die Polen lieben, nicht nur hier, sondern auch in anderen Gegenden. Ich habe gehört, daß, wenn der Kardinal in eine Anstalt in Belgien kommt, wo Schüler für den Missionsdienst vorbereitet werden und unter ihnen einen Polen findet, so küsse er ihn auf die Stirn, weil Polen der Kirche immer treu und der Ketzerei niemals zugeneigt waren. Für heute, mein Johann, wollen wir unsere Unterredung beenden, ein andermal wollen wir über die Wahlen sprechen, denn in nicht langer Zeit werden wir uns mit ihnen befassen müssen.

Johann: Verbleibe mit Gott.

Aus Ober-Schlesien.

Aus Nr. 27 der Nowiny Raciborskie
vom 3. März 1898:

Neuer Verein.

Kornowag.

Am Sonntag, den 27. Februar d. Js., wurde hier ein „polnisch-katholischer Verein unter dem Schutze des heiligen Hyacinth“ gegründet. Dies geschah ganz zufällig im Kreise vertrauter Freunde. Schon seit ungefähr zwei Jahren dachte man an die

Gründung eines solchen Vereins, den man für notwendig erachtete. Am Sonntag sprachen wieder einmal unsere Freunde darüber und Herr Ant. Pizarzki erklärte, ein solcher Verein könne sofort gegründet werden, womit sich Alle einverstanden erklärten. Dem Verein traten gleich 13 Mitglieder bei, worauf zur Berathung über die Vereinsstatuten geschritten und der Vereinsvorstand gewählt wurde. Derselbe besteht aus folgenden Personen: Reisender für Singerische Nähmaschinen, Anton Pizarzki, Vorsitzender, Werkseigener Viktor Mandrysz in Lonce, stellvertretender Vorsitzender, Sattler Johann Halacz in Kornowaz, Schriftführer, Kaufmann Emanuel Mandrysz in Kornowaz, Bibliothekar, Kohlenhändler Paul Zielonka in Kornowaz, Rentant. Wir sind überzeugt, daß dieser Schritt allgemeine Anerkennung seitens unserer lieben Landsleute finden wird und hoffen, daß sie in Anbetracht des edlen Werkes dem Verein zahlreich beitreten und ihn nach Möglichkeit fördern werden. Vor allen Dingen wenden wir uns an die geehrten Landsleute, an die Männer und Jünglinge von Kornowaz, Pogrzebien, Brzezic, Niebotischow, Lubomia, Rzychow, Lonce, Kobyla und Krzeszowiz mit der Bitte, der ersten, am Sonntag, den 13. März, im Saale des J. Wiczorek in Pogrzebien stattfindenden Versammlung recht zahlreich beizuwohnen und dem Verein beitreten zu wollen.

Am Eintrittsgeld zahlt Jeder 1 Mark, an monatlichem Beitrag 25 Pfennige. Der Zweck des Vereins ist:

- 1) gegenseitige Unterstützung,
- 2) gegenseitige Belehrung und Veranstaltung von in den Grenzen der katholischen Kirche erlaubten Vergnügungen; er beruht daher auf gegenseitiger Liebe und christlicher Hilfe.

Unsere Thätigkeit beginnen wir, wie es sich gehört: Im Namen Gottes.

Der Vorstand: A. Pizarzki.

(Unsererseits wünschen wir dem neuen Verein die beste Entwicklung und wir sind bereit, demselben mit Rath und That beizustehen.

Red. d. Nowiny Racib.)

Aus Nr. 10 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 8. März 1898:

Laurahütte.

Wie der Betriebsleiter der R. Fignerschen Fabrik, Herr Drischel in Laurahütte, mit den Arbeitern umgeht?

- 1) Ich habe mehr gemacht, wie ihr alle, ihr verfluchten Polaken.
- 2) Scheißen werde ich euch was, ihr verfluchten Polaken.
- 3) In die Fressen muß man euch hauen, doch dazu ist die Hand zu gut. So muß man's machen (noga kopnac) mit dem Fuße stoßen.
- 4) Krepirt doch ihr Aester, ihr polnischen Schweine.
- 5) Der Arbeiter muß ausgenutzt werden bis aufs Blut.
- 6) Probiren thun bloß die jungen Hunde.
- 7) Mich kann doch keiner in den A . . .
- 8) Die polnischen Schweine muß man aufs Maul hauen.
- 9) Jeder zweite Arbeiter ist ein Spitzbube.
- 10) Denkt ihr, verfluchten Krüppel, daß die Fabrik Euch gegenüber irgendwelche Verpflichtungen hat?!

11) Komm mal her, Du Schwein, vielleicht bekommst Du was in die Fresse.

12) Wenn ich da bin, kann so ein polnisches Schwein schon lange da sein.

Dies ist die Blumenlese der von Herrn Drischel unter den polnischen Arbeitern verbreiteten deutschen Kultur. Derselbe Herr Drischel hat es vor Kurzem gewagt, einen Arbeiter auf dem „Baronschachte“ so stark in's Gesicht zu schlagen, daß ihm das Auge gänzlich verschwollen ist. Dies ist augenscheinlich die Blüthe der deutschen Zivilisation des p. Drischel. Wir bringen das Alles in der „Praca“ zum Theil in deutscher Sprache, damit einerseits der Fabrikbesitzer Herr Figner wisse, wie sein Beamter mit den Arbeitern umgeht, andererseits aber um wieder einen Beweis dafür zu liefern, daß die Hauptschuldigen der unerquicklichen Verhältnisse zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern solche Beamte, wie p. Drischel sind.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 50 des Dziennik Berliński
vom 3. März 1898:

Die Abstimmung der polnischen Fraktion gegen die Marine

nennt die deutsche Presse einen schweren politischen Fehler, der sich später rächen könne. Außerdem erinnern wir daran, daß Herr Minister v. d. Röske in der letzten Polendebatte im preussischen Landtage zu den polnischen Abgeordneten gesagt hat: „Es scheint, daß die polnische Fraktion jetzt zu einer sehr gefährlichen und nicht angezeigten Taktik greift . . .“

Allen diesen Herren dünkt es augenscheinlich, daß die polnische Fraktion in Berlin dazu da ist, um sich die Sympathieen der Herren zu verdienen, sich mit der Atmosphäre der Beschlüsse derselben zu umgeben und ihnen auf jedem Schritte dienstbereit entgegenzukommen, — andernfalls handele die Fraktion unpolitisch und gefährlich.

Indeß ist der Tadel aus dem Munde dieser Herren das beste Lob. Wenn sich gegenüber der Berliner polnischen Fraktion nur recht viel solcher feindseliger Stimmen vernehmen lassen, dann wird es sich vor den Wählern, vor der öffentlichen Meinung und der ganzen Nation aufs Beste darthun lassen, daß die Fraktion ihre Aufgabe redlich erfüllt; denn es würde ein schlechtes Zeugniß sein, wenn die preussischen Minister und die katolische Presse mit unseren Abgeordneten zufrieden sein sollten.

Aus Nr. 54 des Dziennik Berliński
vom 8. März 1898:

Wir erfahren aus Posen,

daß das Komitee der Volkspartei beabsichtige, Herrn Andrzejewski als Kandidaten aufzustellen. (A. ist Schuhmachermeister und Besitzer des Gutes Garby. Red. d. Ges.-Ueberbl.) Wir würden diesen Schritt als einen der unglücklichsten ansehen, da die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage sich nur durch Aufstellung eines Kompromißkandidaten beseitigen lassen würden. Die unausbleibliche Antwort auf die Aufstellung einer Kandidatur Andrzejewski

wird andererseits die Proklamirung der Kandidatur Cegielski durch berufene oder unberufene Faktoren sein. In jedem Falle wäre das schließliche Resultat — eine Spaltung.

Aus Nr. 26 des Wiarus Polski
vom 3. März 1898:

Egeln.

Der Peter-Paul-Verein in Egelu zählte zu Beginn des Jahres 1897 16 Mitglieder; 4 traten im Laufe des Jahres neu hinzu und 3 aus, sodaß die Mitgliederzahl im Jahre 1898 17 beträgt. Der Verein hielt im Vorjahre 25 Sitzungen ab; davon waren 3 Generalversammlungen und ebensoviele Vorstandssitzungen. Die Einnahmen beliefen sich auf 167,40 M., die Ausgaben auf 136,59 M.; das gesammte Vermögen des Vereins hat die Höhe von 254,90 M. erreicht. Im Jahre 1897 veranstaltete der Verein zwei Vergnügen und eine Weihnachtseinbescherung für unsere Kinder. Die größte Freude machten denselben die schönen (polnischen) Fibeln. Zugleich bitten wir die polnischen Eltern herzlichst, daß deren Kinder die Fibeln möglichst viel benützen; wir werden Sorge tragen, daß wir diese Kinder im laufenden Jahre ebenfalls mit einem schönen Geschenk bedenken. Von Zeitungen abonniert der Verein den Wiarus Polski, die Gazeta Gdanska und den Wielkopolanin. In den Vorstand wurden gewählt: Paul Jendrzejewski, Vorsitzender — M. Dombrowski, Vertreter — J. Snadny, Schriftführer — J. Koczur, Vertreter — B. Springer, Schatzmeister — J. Majczak, Bibliothekar und Vertreter des Schatzmeisters. Der Verein besitzt eine kleine Bibliothek von 172 Bänden, von denen 161 Eigentum des Posener Volksbibliothekenvereins sind.

Aus Nr. 27 des Wiarus Polski
vom 5. März 1898:

Bericht über die Thätigkeit des Vereins des heiligen Adalbert in Gladbeck

für die Zeit vom 21. Februar 1897
bis zum 13. Februar 1898.

Gladbeck.

Bei Begründung des Vereins ließen sich 9 Mitglieder eintragen, im Laufe des Jahres traten 43 Mitglieder hinzu, 4 gingen zum Militär, eins trat wegen Arbeitswechsels aus, wegen Nichtzahlung der Monatsbeiträge wurden 10 gestrichen, gestorben ist eins, es verbleiben demnach 36 aktive Mitglieder.

Einnahmen hatte der Verein 496,19 Mark, Ausgaben 449,50 Mark, es verbleiben daher in der Kasse 47,14 Mark.

Es fanden 24 Versammlungen, darunter 3 General- und 2 Vorstandssitzungen statt. Einen polnischen Geistlichen hatten wir ein Mal. Der Verein ließ 2 heilige Messen lesen. Er besitzt auch eine kleine eigene Bibliothek. Der Verein veranstaltete eine Weihnachtsfeier; er schaffte sich auch eine Fahne an, die mit den Zuthaten 725 Mk. kostete. Für Abzeichen wurden 9 Mk. ausgegeben, für einen Schrank 70 Mk. Schulden von Anschaffung der Fahne her hat der Verein 524 Mark.

Am 13. Februar fand die Generalversammlung statt, in welcher ein neuer Vorstand gewählt wurde.

Vorsitzender ist Adalbert Sobolewski, Stellvertreter Josef Janicki, Schriftführer Stefan Osolkowski, Stellvertreter Andreas Sobotka, Bibliothekar Johann Brambor, Stellvertreter Adolf Wloka, Kassenrevisoren Hieronymus Wloka und Michael Michas, Schöffen Wilhelm Wloka und Ignaz Broda, Fahnenträger Adam Dziekowsky, Stellvertreter Johann Szypkowski, Marschalle Lorenz Zwanowicz und Josef Poprawski, Stellvertreter Jakob Krogel und Johann Augustyniak.

Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden oder des Schriftführers zu übersenden.

Adalbert Sobolewski,
Vorsitzender.

Stefan Osolkowski,
Schriftführer.

Aus Nr. 25 des Wiarus Polski
vom 29. Februar 1898:

Oberhausen.

Der Ignatzverein hier selbst zählte zu Beginn des Jahres 1897 103 Mitglieder. Im Laufe des Jahres traten 52 hinzu und 22 aus, sodaß die Zahl sich jetzt auf 133 beläuft. Der Verein hielt 20 ordentliche Sitzungen, 4 Generalversammlungen und 6 Vorstandssitzungen ab. Es wurden 4 Vergnügen veranstaltet, und zwar ein Stiftungsfest, ein Wintervergnügen, eine Osterfeier und eine Weihnachtseinbescherung. Einen polnischen Beichtiger hatten wir 5 mal. Die Einnahme betrug 532,61 M., die Ausgabe 302,85 M. In der Bibliothek befinden sich 120 Bücher, von denen die größere Hälfte Eigentum des Vereins ist. Der Verein abonniert den „Wiarus Polski“, den „Postemp“ und den „Wielkopolanin“. In den Vorstand wurden gewählt: A. Zielinski (Vorsitzender), M. Stanek (Vertreter), A. Kubiak (Schriftführer), J. Eliwa (Vertreter), J. Dziuba (Kassier), St. Rajzuba (Vertreter), A. Majczak (Bibliothekar), A. Zerbst (Vertreter), J. Fronckowiak, J. Kordylasinski und J. Arzyzanski. Das Sitzungslokal befindet sich bei Herrn Hake. Die Sitzungen finden am dritten und vierten Sonntag eines jeden Monats statt.

Aus Nr. 25 des Wiarus Polski
vom 29. Februar 1898:

Gerresheim.

Der hiesige Thaddäusverein zählte zu Beginn des Vorjahres 33 Mitglieder. Im Laufe des Jahres traten 33 neue hinzu und ebensoviele schieden aus. Es sind 4 ordentliche Sitzungen, 4 Generalversammlungen und 3 Vorstandssitzungen abgehalten worden. Außer dem Stiftungsfest fand ein Vergnügen statt; auch wurde eine gemeinsame Weihnachtseinbescherung veranstaltet. In den Vorstand sind in der letzten Generalversammlung gewählt worden: A. Grondkowski (Vorsitzender), J. Mucha (Vertreter), J. Bembenek (Schriftführer), A. Czarnota (Vertreter), J. Bembenek (Schatzmeister), J. Radzicki (Vertreter), J. Mucha (Bibliothekar), H. Bembenek (Vertreter), L. Gremkiewicz und D. Grajnert (Kassenrevisoren). Der Verein hatte 268,63 Mark Einnahme und 262,76 Mark Ausgabe; er besitzt eine Bibliothek von 150 Bänden, von denen der größere Theil dem Volksbibliothekenverein in Posen angehört.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 50 des Goniec Wielkopolski
vom 3. März 1898:

Ein unüberlegter und sehr widersinniger panslavistischer Vorschlag.

Als die zentralistische Regierung Oesterreichs von einer Gerechtigkeitsübung den tschechischen nationalen und politischen Rechten gegenüber nichts wissen wollte, als die Tschechen aus diesem Grunde keine Abgeordneten in den Wiener Reichstag entsendeten, hatte die Entfaltung der panslavistischen Fahne einigermassen eine Berechtigung. Von dem Augenblick ab jedoch, wo die Tschechen ihre Vertreter im Wiener Parlament hatten und die heutige politische Lage in Galizien sich in der Weise gestaltete, daß sie die Sicherheit dafür bietet, daß nicht nur die Tschechen, sondern auch die anderen slavischen Stämme sich die ihnen voll und ganz zustehenden Rechte erobern werden, verliert die panslavistische Fahne jegliche Existenzberechtigung. Diejenigen jedoch, die sie entfalten, begehen einen großen politischen Fehler, denn sie schaden nicht nur sich selbst, sondern machen die natürlichen Bundesgenossen abwendig. Und diesen unüberlegten, ja sogar widersinnigen Fehler begeht das Organ der Jungtschechen, die Narodni Listi, indem es die russische Sprache als das gemeinschaftliche Verständigungsmittel aller Slaven in Vorschlag bringt. Nach der Ansicht der Narodni Listi müßte die slavische Solidarität der Tschechen, Polen, Rußen, Kroaten, Serben und Slovenen diese stammverwandten Völker zu einer Verständigung in Bezug auf die Annahme der russischen Sprache als der zwischen den Slaven vermittelnden Sprache führen. Es soll daher Elternpflicht sein, ihren Kindern die russische Sprache einzupauken, wozu bereits jetzt in Prag viele Gelegenheit sich bietet. Das tschechische Blatt giebt sich Mühe, auch die Polen zur Annahme der russischen Sprache als der allen Slaven gemeinschaftlichen Umgangs- und diplomatischen Sprache zu bewegen. Früher konnte der um Böhmen vielverdiente tschechische Anführer Rygier zum Kongreß nach Moskau reisen, es konnten die tschechischen Blätter, wie die Narodni Listi Oesterreich durch völlige Annäherung an Rußland bangemachen, jetzt aber, wo die Tage des deutschen Zentralismus und Chauvinismus in Oesterreich

gezählt sind, mit einem solchen unsinnigen Vorschlag hervorzutreten, beweiset entweder gar kein Verständniß der jetzigen Lage, oder vielleicht auch noch etwas Schlimmeres, was wir hier nicht näher bezeichnen wollen. Sollten die Narodni Listi so naiv sein und glauben, die Polen und die anderen, ihre Sprache und ihre Ueberlieferungen der Vergangenheit so heiß liebenden Völker würden auf diesen giftigen Leim gehen? Wir meinen, alle Slaven werden den Vorschlag der Narodni Listi mit Verachtung von sich weisen. Die Polen wenigstens haben ein Bündniß mit den Tschechen in Betreff der Förderung der russischen Sprache nicht nöthig. Diese Rolle erfüllt bereits Rußland seit langer Zeit in seinem polnischen Antheil. Man hat ja dort wohl auch nichts Anderes von den Polen verlangt, unsere Landsleute antworteten jedoch nach ihren Kräften mit: Verachtung, Blut, Märtyrertum und Sibirien. Sicherlich haben die Narodni Listi keinen Begriff von dem Geist der polnischen Nation, wenn sie es wagen, den Polen gegenüber mit einem Vorschlage hervorzutreten, welcher eine tödtliche Beleidigung für das polnische Nationalgefühl ist.

Sollten dergleichen Stimmen öfter im tschechischen Lager sich wiederholen, müßte das tschechisch-polnische Bündniß, das in Krakau so schön begonnen, bald sein Ende erreichen.

Wir trauen dem tschechischen Volke mehr politischen Verstand zu, als daß wir annehmen könnten, es erkläre sich mit dem widersinnigen Vorschlage der Narodni Listi einverstanden. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß dieses leitende und gelesenste tschechische Blatt einer unwürdigen List zum Opfer fiel. Eine gewisse Bürgschaft für den politischen Verstand und die Nationalwürde der Tschechen liefert uns der Abgeordnete Eduard Gregr. Dieser Anführer der Jungtschechen und wahrscheinlich auch der Leiter der Narodni Listi erklärte in der Sitzung des tschechischen Landtages am 28. Februar d. Js., daß er unter dem Panславismus ein Antreten in Reih und Glied unter der Fahne des Slavenschutzes gegen den Andrang der Deutschen verstehe. In der Erklärung des Herrn Abgeordneten Gregr ist keine Rede von einer gemeinschaftlichen politischen und diplomatischen russischen Sprache und von einem Aufgeben der Sprache, derer sich die anderen slavischen Stämme bedienen.

